

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourenkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 14. Mai 1924.

Nr. 113.

Radikalismus des Wortes

Der Abgeordnete Dr. Lodgman hat es in Letzchen auf dem Reichsparteitag der deutsch-nationalen Partei unternommen, für die Taktik seiner Partei sozusagen eine Theorie aufzustellen, die beweisen soll, daß alle Unrecht haben und nur er Recht. Er sieht unter Larven eine einzig fühlende Brust, nämlich die seine, und er allein will das Mittel wissen, das die Deutschen in der Tschechoslowakei zur Freiheit emporführen kann. In jeder Anpassung an die geschichtlich gegebenen Verhältnisse sieht er eine Schwäche, ja sogar einen „Verrat“, im täglichen Streben und Ringen auf parlamentarischen Boden, durch Ausnützung aller Möglichkeiten, um die Sicherung der nationalen und kulturellen Rechte erblickt er eine Halbheit, die zur Versumpfung, Verflachung und Verweichlichung führt. Der Gedanke ist bei ihm nachgerade zum Axiom geworden, die Sicherung der Freiheit der Deutschen im tschechoslowakischen Staate sei ein Ding der Unmöglichkeit, denn, so sagt er wörtlich, „die nationale Sendung des Tschechenstaates erfordert zwangsläufig die wirtschaftliche und nationale Unterdrückung des Sudetendeutschums“. Er glaubt nicht daran, daß die Tschechoslowakei eine zweite Schweiz werden könnte, er hält es förmlich für ein Naturgesetz, daß dies ausgeschlossen sei, wobei er aber dennoch deutlich die Befürchtung zeigt, es könnte aus dem Staate eine Schweiz werden, denn er wendet viel Eifer darauf, die Deutschen vor einer „Verschweizerung“ zu warnen. Mit einer Unentwegtheit, die auf die leicht entzündbare deutsch-nationale Jugend ihre Wirkung nicht verfehlen dürfte, sieht er über die düstere Gegenwart hinweg in eine lichte Zukunft, die einmal kommen müsse, und bis dahin mag er sich mit Dingen, die er für nebensächlich und Nichtigkeiten hält, nicht beschäftigen. Er hat nur eine Karte, auf die er alles setzt, er setzt den Deutschen nur ein Ziel: Großdeutschland, die Erreichung des Selbstbestimmungsrechtes. Alles was dazwischen liegt: die tägliche Not und Bedrängnis, kümmert ihn wenig. Und er hält es für selbstverständlich, daß die Sudetendeutschen vom Selbstbestimmungsrecht ohne Rücksicht auf alle wirtschaftlichen Erwägungen nur einen, den von ihm gewünschten Gebrauch machen können. Los auf das Ganze!

Was Herr Dr. Lodgman in Letzchen vortrug, hält er gewiß für ungemein radikal und es ist kein Zweifel, daß solche forische Gedankengänge mit gehörigem Aufstumpfen garniert, in keiner deutsch-nationalen Versammlung ihre Wirkung vertragen werden. Dennoch: wenn er der anderen deutschen Parteien spottet, sie operierten „im luftleeren Raum“, so gilt das am meisten von ihm selbst. Herr Lodgman's Radikalismus hat sicher seine Vorzüge: er ist bequem und enthebt aller Sorge, Verantwortung und Arbeit für die Gegenwart, die nach seinem eigenen Bekenntnis sehr lange dauern kann. Er braucht neben dem Endziel kein Programm mit näheren positiven Zielen. Doch blickt man genauer hin, so erkennt man, daß es doch nur ein Radikalismus des Wortes, ein Bekenntnis der Impotenz ist, ein Radikalismus, so wohlfeil wie Brombeeren, der die Umwelt nicht sieht, der sich verzückt in die Betrachtung des eigenen Rebells verjuckt und der der deutschen Bevölkerung nur schwersten Schaden zufügen geeignet ist.

Herr Dr. Lodgman wird es sich wohl nicht eingestehen, aber es ist doch ersichtlich, daß seine und die Ideologie des Bolschewismus einander, mit Ausnahme der einschlagenden Richtung, zum Verwechseln ähnlich sind. Die Bolschewisten warren auf die Weltrevolution — wobei sie allerdings schon viel Wasser in ihren Wein gegossen haben — er auf den Augenblick, da den Sudetendeutschen im Ausland irgendwo ein mächtiger Retter erstehen wird. So wie die reine Taktik des Bolschewismus den Parlamentarismus nicht als Mittel ansieht, um Schritt für Schritt die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, sondern ihn nur

Poincaré kündigt den Rücktritt an.

Am 1. Juni Gesamtdemission der Regierung. — Die Kommenden Männer: Briand und Herriot.

Paris, 13. Mai. (Savas.) Die Minister sind heute vormittag im Elysee unter dem Vorsitz Millerands zusammengetreten. Poincaré informierte den Ministerrat über die politische Lage. Das Kabinett hat seine erste Zusammenkunft auf Donnerstag, den 22. Mai angesetzt. Ministerpräsident Poincaré teilte dem Präsidenten der Republik mit, er habe die Absicht, am 1. Juni die Gesamtdemission des Kabinettes zu überreichen.

Das Wahlergebnis.

Bereits 102 Sozialdemokraten gewählt.

Paris, 13. Mai. (Savas.) Das Ministerium des Innern veröffentlicht folgende Statistik der Wahlen vom 11. Mai:
Konservative 20, Republikaner (Republikanisch-demokratische Entente) 117, Linksrepublikaner 52, Demokratische Linke 75, Radikale und Sozialistisch-Radikale 139, Sozialistische Republikaner 35, Sozialdemokraten 102, Kommunisten 29, zusammen 569. (Zehn ausständige Ergebnisse, vier Stichwahlen und ein Stich noch zweifelhaft im Departement Nord.)

Für eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten.

Paris, 13. Mai. Das Abendblatt der Linken „Paris Soir“ meint, daß der Nachfolger Poincarés sicherlich eine Neuorientierung in der Außenpolitik einleiten werde und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London durch freundschaftliches Einvernehmen beseitigt werden können.
„Liberté“ glaubt, daß nach Abgang Poincarés Präsident Millerand wahrscheinlich Herriot die Kabinettsbildung anbieten werde. Der zukünftige Ministerpräsident würde sich die Mitarbeit der Sozialisten sichern und das Wort nennt in diesem Zusammenhange Namen wie Leon Blum, Paul Boncour und Monier. Herriot würde das Innere behalten und das Äußere Briand anbieten. Für die Finanzen lämen in Betracht Alos, Beranger oder Vincent Auriant. Ebenso würden Poinlebe und den Senatoren Froucois Albert, Victor Betard und Leon Reuter, dem Bürgermeister von Le Havre, Portefeuilles im neuen Kabinett angeboten werden.

Die neue Verteilung.

Paris, 13. Mai. Der „Quotidien“ stellt fest, daß der Linksbund über die absolute Mehrheit in der neuen Kammer verfügen werde und erklärt, daß die Sozialdemokraten Anspruch auf den Vorsitz in der Kammer, und die Radikalen auf die Ministerpräsidentenschaft hätten. Schließlich sagt das Blatt, daß die sozialdemokratischen Republikaner in ihren Reihen genügend

zu „Entlastungszwecken“ benötigen will, so wie er weiters jedes stappweise Vordringen, jede nicht unmittelbar auf das letzte Endziel eingestellte Bildungs- und Erziehungsarbeit am Proletariat für überflüssig und für faule Kompromisserei hält oder doch hielt, so verschmäht auch der radikal zu sein meinende Dr. Lodgman jede Etappe, jedes Kompromiß, jede Gegenwartsarbeit, immerzu wartend auf den einen Moment, da die Aenderung der außenpolitischen Machtverhältnisse den Sudetendeutschen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in großdeutschem Sinne möglich machen wird. Er verwahrt sich und seine Partei gegen den Vorwurf der Utopisterei, doch er muß selbst bekennen, daß sein Ziel noch ein recht fernes ist, da es unter den europäischen Staaten keinen Machtfaktor gibt, der ein praktisches, staatspolitisches Interesse daran habe, daß das Sudetendeutschum geschützt werde. Deutschland, selbst es helfen wollte, ist zu schwach, Frankreich hat ein gegenteiliges Interesse, England und Italien haben andere Sorgen, die kleinen Staaten kommen nicht in Betracht. Statt nun aus dieser Feststellung der Weltlage, selbst bei radikalster Gesinnung, nüchternere Schlüsse auf die Notwendigkeit einer realpolitischen Einstellung zu ziehen, läßt Dr.

hervorragende Männer haben, unter welchen der Kandidat für das erste Amt des Staates (die Staatspräsidentenschaft) leicht zu finden sein werde.

Sozialistische Besserkommen.

Der „Vorwärts“ hebt besonders den Erfolg der Sozialisten hervor, die ihre Mandatsziffern glatt verdoppeln konnten. Dennoch sei es ganglich verfehlt, wolle man meinen, eine Linksregierung in Frankreich würde von heute auf morgen das Ruhrgebiet räumen können. Die Atmosphäre, der Geist jedoch, in welchem dieses Problem behandelt werde, werde ein anderer sein.

Die „Humanité“, das Organ der französischen Kommunisten, deutet an, daß die Kommunisten gleich nach Eröffnung der Kammer vollkommene Amnestie, die Räumung der Ruhr, Anerkennung Rußlands und Abschaffung der Steuerprojekte verlangen werde.

Die Kleine Entente erwartet eine Aenderung der Auslandspolitik.

Belgrad, 13. Mai. Der Ausfall der französischen Wahlen hat in hiesigen Kreisen seltliche Ueberreaktion hervorgerufen, da man den Sieg Poincarés als gewiß angesehen hatte. Von der neuen parlamentarischen Lage in Frankreich erwartet man eine Aenderung der bisherigen Politik gegenüber Sowjetrußland und eine weniger scharfe Haltung gegen Deutschland. Was die Beziehungen Frankreichs zu den verbündeten slawischen Ländern anbelangt, hält man es zweifellos, daß in dieser Hinsicht keinerlei Aenderung eintreten wird.

Lodgman doch alles links liegen und er rät, zu warten, bis entweder Deutschland wieder mächtig geworden sein wird oder einer der anderen großen Staaten staatspolitisch zu den Tschechen in einen Gegensatz geraten wird, der so bedeutend ist, daß es ihm dafür steht, uns gegen die Tschechen auszuspielen.

Run, schön! Dr. Lodgman, der jede Ausgleichspolitik verwirft, gibt also den Rat, zu warten. Vielleicht zehn, zwanzig, vielleicht auch fünfzig Jahre. Doch was bis dahin? Das muß man sich wohl fragen, selbst wenn man sich auf den Standpunkt des Herrn Dr. Lodgman stellt. Er gibt dafür das Rezept: „Bis dahin bleibt uns nichts anderes übrig, als der Kampf um unsere Selbstbehauptung.“ Also „Selbstbehauptung“! Soll das nicht nur eine raselnde Phrase sein, so müßte nun Herr Lodgman sagen, wie er sich diesen Kampf um die Selbstbehauptung erfolgversprechend vorstellt. Doch wir hören von ihm nur leere Worte, die bestenfalls als „Schlager“ für geistig bedürfnislose deutsch-nationale Versammlungsbesucher Verwendung finden könnten. Es sind leere Worte, wenn er sagt, es müßte bis dahin die deutsche Politik von dem Gedanken des Widerstandes gegen die tschechischen Bestrebungen erfüllt sein, und es müßte

bis dahin das nationale Urgefühl gestärkt und an der stütlichen Erneuerung des deutschen Volkes gearbeitet werden. Das sind mehr und minder schöne Bruchstücke für Zeitredner bei Jahrenterminhaltungen oder Sommerfesten, dem ruhig abwägenden Politiker sagen sie nichts.

Daß Dr. Lodgman als „Großdeutscher“ nicht anders reden darf, sei zugegeben, aber er verlangt Anpassung an seine Gedankengänge auch als Bessermist. Er glaubt nicht daran, daß vor dem Eintreten des großen Augenblickes, der die Machtverhältnisse in Europa grundlegend ändert, eine Aenderung und Besserung der Verhältnisse im Staate erfolgen kann und er beschuldigt die Andern, die bis dahin nicht die Hände in den Schoß legen, sondern erträgliche Formen des Zusammenlebens der Nationen im Staate schaffen wollen, der „Politik des luftleeren Raumes“. Für seinen Unglauben an den Erfolg einer Ausgleichspolitik macht er zwei Gründe geltend: die Abhängigkeit der tschechoslowakischen Innenpolitik von der Außenpolitik und die jeiliche Einstellung des tschechischen Volkes. Der Staat in seiner heutigen Zusammensetzung schließe die Möglichkeit einer tschechischen demokratischen Außenpolitik aus, die im Schlepptau des französischen Imperialismus bleiben müsse und von der die Richtung der inneren Politik, die Politik der starken Faust, bedingt sei. Es lohnt nicht der Mühe, auf diese Argumentation kritisch einzugehen, denn Herr Dr. Lodgman zerplückt sie selbst in grausamer Weise, indem er erzählt — er hat das aus der Seele des Herrn Dr. Venes herausgehört — Venes habe sich an die Seite Frankreichs gestellt, um „wenigstens vorläufig eine Rückendeckung zu haben, aber „sollte einmal die Lage brenzlich sein, so wird man ja sehen“. Das heißt, die tschechoslowakische Außenpolitik kann auch anders, das sagt Lodgman selber, aber dennoch baut er auf die Unveränderlichkeit dieser Außenpolitik seine Schlüsse für die von ihm empfohlene Taktik auf! Bei seinen Berechnungen, die, wie man sieht, schon nach der außenpolitischen Seite ein Loch haben, vergißt er übrigens alle innerpolitischen Kosten anzuführen. Der Bestand und der Geist der internationalen Regierungskoalition verleiht seinem Pessimismus einen Schein von Berechtigung, aber er unterläßt es, die Möglichkeit dieser Koalition auf die Dauer ihrer Haltbarkeit zu prüfen.

Bleibt noch die jeiliche Einstellung des tschechischen Volkes. Er verwechselt hier vor allem die jeiliche Einstellung der heutigen Machthaber und ihres Anhanges mit jener großer Teile des tschechischen Volkes. Auch die pessimistischsten Auffassungen können uns nicht zu der Meinung bewegen, daß die allerdings heute noch vorherrschende nationalistische und imperialistische Gesinnung nicht demokratischeren und gerechteren Neigungen Platz machen wird. Der harten Notwendigkeiten gibt es genug, um mit der Zeit diesen Stimmungsumschwung zu erzwingen. Dabei mitzuhelfen, dazu wird sich die Methode Lodgman's allerdings am untauglichsten und schädlichsten erweisen. Eine der ersten Voraussetzungen für die Aenderung der jeilichen Einstellung des tschechischen Volkes ist die jeiliche Einstellung des deutschen Volkes! Die erstere wird nicht erfolgen, wenn es dem deutschen Nationalismus gelingen wird, den Irredentismus zum Inhalte der deutschen Politik im Staate zu machen.

Herr Dr. Lodgman hat sich in seiner Programmrede wieder als Negativist bekannt. Aber Negation ist die billigste der politischen Weisheiten. Sie erlaubt die große Pose und enthebt der Verpflichtung zur Arbeit. Auf diesem Wege sind die anderen deutschbürgerlichen Parteien von ihm abgefallen und in der Praxis werden sich nicht einmal seine eigenen Parteigenossen auf den tschechischen Weltuntergang verstoßen lassen. Lodgman's Programm ist das Bekenntnis der Impotenz der deutsch-nationalen Politik. Keine noch so blendende Phrase wird auf die Dauer über die Leerheit dieses Radikalismus des Wortes zu täuschen vermögen!

Anschluß wird gesucht!

Dieser Tage hielt die Parteileitung der deutschen Nationalsozialisten in Prag eine Sitzung ab, über die der Duxer „Tag“ sehr ausführlich berichtet. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete eine vom Abgeordneten Knirsch eingeleitete Aussprache über die „föderal-deutsche Politik“. Herr Knirsch stellte zwar wie immer fest, daß sich die nationalsozialistischen Richtlinien nach wie vor in gutem Zustande befinden und daß die Partei der Nationalsozialisten daher keinen Grund habe, von ihren bisherigen Richtlinien abzuweichen. Im übrigen aber scheint nun diese Partei, die feinerzeit bei der Errömmung des parlamentarischen Verbandes den Sommer am kräftigsten Schwüngen hat, ihren Zustand der Isolierung allmählich als hoffnungslos und unhaltbar zu betrachten. Es liegt im Wesen dieser „Arbeiterpartei“, sich von den Parteien der Großbourgeoisie immer angezogen zu fühlen, nur hatte sie es nicht immer so schwer wie heute, sich für eine bestimmte politische Gruppe des deutschen Bürgertums zu entscheiden. Aus dem parlamentarischen Verband sind die Nationalsozialisten noch gemeinsam mit der Deutschen Nationalpartei ausgezogen, von der sie feinerzeit, bei den letzten parlamentarischen Wahlen, unter die Fittiche genommen worden waren. Die „Kampfgemeinschaft“ aber war nicht von langer Dauer. Die Gemeinschaft löste sich bald auf und es blieb nur der Kampf, den die beiden hakenkreuzerischen Parteien seit Jahr und Tag in der heftigsten Weise gegeneinander führen. Herr Knirsch fand denn auch in seiner Rede, die zwar im Sitzungszimmer des Parteivorstandes, aber für die Öffentlichkeit gehalten war, weit ebenso kräftige Worte gegen die Partei des Herrn Lodgman wie gegen die Parteien der sogenannten deutschen Arbeitsgemeinschaft. Mit der deutschen Nationalpartei, die „jeden Gedanken an einen politischen Erfolg aus eigener Kraft verwirft“ und „sich so außerhalb aller Bestrebungen auf Zusammenfassung der parlamentarischen Kräfte stellt“, will und kann die Partei der deutschen Nationalsozialisten nicht mehr gemeinsame Sache machen. Das kleine Häuflein Nationalsozialisten, von dem Herr Knirsch — gewiß gegen seine Ueberzeugung — behauptet, daß sich um keine Politik „das föderal-deutsche Volk immer weiter in seinen Schichten sammeln“ wird, fürchtet in Wahrheit und mit Recht, als kleine Gruppe der Arbeitsstehenden sich jeder Möglichkeit eines Einflusses auf das politische Geschehen zu begeben und sucht darum Anschluß an die Gruppe der Arbeitsgemeinschaft. Herr Knirsch stellt nicht etwa fest, daß seine Partei dieser Koalition bisher nicht beigetreten sei, weil die Hakenkreuzler mit den verjudeten Demokraten, mit den auf das leidenschaftlichste bekämpften Christlichsozialen und mit den Großagrariern nicht in eine Laube gehen können, sondern er formuliert klar und deutlich die Bedingungen, unter denen die deutschen Nationalsozialisten bereit sind, sich dieser Arbeitsgemeinschaft anzuschließen. Knirsch fordert von der Vereinigung grundsätzliche Opposition, Wahl des Führers aus der Vollversammlung, Aufhebung des Parteieinpruches in die nationalen Lebensfragen und regelmäßige Vollversammlung. Da die bisherigen Arbeitsgemeinschaftler sicherlich nicht Anstand nehmen werden, zu erklären, daß sie ihre grundsätzliche Opposition bislang niemals aufgegeben haben und da sie weiters zweifellos bereit sein werden, den Kommandanten der Arbeitsgemeinschaft aus der Vollversammlung wählen zu lassen und diese Vollversammlung beispielsweise am ersten Sonntag eines jeden Monats einzuberufen, steht nach unserer Meinung der Aufnahme der Nationalsozialisten in die Arbeitsgemeinschaft nicht viel mehr im Wege. Wir sind

Die Bergarbeiterausperrung.

Unveränderte Lage. — Heute Schlichtungsverhandlungen.

Gemeinsame Beratung der Gewerkschaftszentralen der Tschechoslowakei.

Prag, 13. Mai. Die gemeinsame Beratung der Vertreter der Tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigungen und des deutschen Gewerkschaftsbundes am 13. Mai, die sich mit dem großen Abwehrkampf der Bergarbeiter in Deutschland befaßte, spricht der gerechten Abwehr der Arbeiterschaft ihre wärmsten Sympathien aus.

Die Beratung ist sich einig in der Anschauung, daß der Kampf der deutschen Bergarbeiter moralisch und finanziell gemäß den Grundsätzen und den Anschauungen der Allgemeinen Bergarbeiter-internationale unterstützt werden müsse.

Die beteiligten Gewerkschaftszentralen werden

logar überzeugt, daß die Herren Krepel, Raska, Freierfeld usw. die neuen Verbandskollegen umso herzlicher begrüßen werden, als es sich da um Verbündete handelt, von denen sie, die doch auch hinlänglich Abgebrühten, für den Kampf gegen die Sozialdemokratie allerhand lernen können. Herr Knirsch beispielsweise hat ihnen in eben dieser Rede gezeigt, wie man es macht. So erfaßt er sich die Behauptung, daß die deutschen Sozialdemokraten beim Zusammentritt des Parlaments „jeden Kampf mit unparlamentarischen Mitteln und jeden revolutionären Gedanken“ ablehnten. Jedes Wort eine Lüge! Man vergleiche die programmatische Erklärung, die unser verstorbenen Genosse Seliger in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Juni 1920 abgegeben hat und in der an mehreren Stellen feierlich betont wird, daß „wir auf dem Boden, auf dem uns die jüngste Geschichte gestellt hat“, „unseren revolutionären Kampf“, „mit ganzer Kraft, Hingebung und Leidenschaft führen wollen, deren wir fähig sind...“ Herr Knirsch stellt aber nicht nur Dinge aus dem Jahre 1920 auf den Kopf, sondern er jongliert ebenso fertig mit den Ereignissen der letzten Tage. So behauptet er, daß auf dem jüngsten Parteitag der tschechischen Sozialdemokraten „offen ausgesprochen wurde, daß die tschechischen Machthaber gar kein Interesse am Aufgeben der oppositionellen Haltung der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben“. Dieser Verdrehung der Tatsachen stellen wir die Wahrheit entgegen, daß auf dem Strauer Parteitag nicht das Interesse der tschechischen Machthaber, sondern der tschechischen Sozialdemokraten an der Stärke der deutschen sozialdemokratischen Partei und nicht an deren oppositioneller Haltung ausgesprochen wurde. Mit Wahrheitsliebe und anständiger Kampfesweise sind wir ja von den deutschen Nationalsozialisten niemals verwöhnt worden. Aber daß einer ihrer ersten Führer in einer gewissermaßen für die Öffentlichkeit bestimmten Kundgebung, so wie dies Herr Knirsch hier tat, zu aufgeregten Verleumdungen greift, übersteigt das Maß des bisher Dagewesenen. Allerdings, verglichen mit Hakenkreuz und Gummiknüppel, sind das noch immer die vornehmsten Kampfmittel aus dem Arsenal der Hakenkreuzler.

Ob sich die deutschen Nationalsozialisten der Arbeitsgemeinschaft der großen bürgerlichen Parteien heute oder morgen anschließen werden, ist unwesentlich. Entscheidend ist die von uns schon zur Zeit der Sprengung des deutschen parlamentarischen Verbandes als sicher vorausgesagte Tat-

alles unternehmen, damit die tschechoslowakische gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ihre Pflicht erfülle.

Berlin, 13. Mai. (Eigenbericht.) Die Lage im Ruhrgebiet und in den anderen deutschen Bergbaugebieten ist unverändert. Immerhin soll die französische Kommission im Ruhrgebiet mit dem Führer der christlichen Gewerkschaften verhandeln, woraus man schließen muß, daß die „Meum“ in die Verhandlungen eingreifen will. Morgen Vormittag ist beim Reichszentraler eine Vorbesprechung vorgesehen und einige Stunden darauf sollen die Schlichtungsverhandlungen beginnen. Bemerkenswert ist es, daß trotz des großen Wahlerfolges der Kommunisten die Bergarbeiter beschloffen, den kommunistischen Veranstaltungen fern zu bleiben und sich an die Parolen ihrer bewährten Führer zu halten.

sache, daß diese schon mit ihrem Namen die Arbeiter und den Sozialismus höhrende Partei über kurz oder lang wiederum Anschluß suchen und finden wird bei der Bourgeoisie, deren Geschäfte bewußt oder unbewußt zu betreiben, sie keinen Augenblick lang ausgehört hat.

Senat.

Die Koalition über das Pressegesetz noch nicht einig!

Prag, 13. Mai. Die heutige Senatsitzung stand weniger im Zeichen der Beratungen, die im Plenum vor sich gingen, als unter dem Eindruck der Tatsache, daß sich die Koalition noch immer nicht über die Pressnovelle einigen konnte. Vormittags und nachmittags sahen die Koalitionsglieder des Senats im Beratungszimmer der Regierungsparteien mit vier Universitätsprofessoren; eine Einigung wurde nicht erzielt. Wie wir erfahren, stellen sich vier nationaldemokratische Senatoren, darunter Dr. Stranský, Dr. Herbst und Dr. Mareš, sowie etwa die Hälfte der tschechischen sozialdemokratischen Senatoren gegen das Gesetz in seiner jetzigen Fassung. Sechsa droht — so jagte man in den Kouloubs — mit den äußersten Konsequenzen, wenn sich die Senatsmehrheit nicht gefügig zeigen sollte, und so wird es wohl zu dem bequemen Ausweg kommen, der darin besteht, daß der Senat einige — Resolutionen annehmen wird, die die Regierung dem Parlamentsarchiv einverleiben kann... „Wasche mir den Pelz und mache ihn nicht naß.“

Morgen gibt es keine Sitzung: der Tag bleibt für den Koalitionsschacher über das Pressegesetz reserviert und so findet die nächste Sitzung Donnerstag am 11 Uhr statt. Die Sitzung selbst begann mit Nachrufen für den verstorbenen Vizepräsidenten Kaděček, dessen Platz mit einem Blumengewinde von roten Rosen und Schneeglöckchen geschmückt war, und den Senator Javabíl, auf dessen Platz ein Gewinde roter Nelken lag. Die Regierung hat dem Senat drei Gesetzesvorlagen zugehen lassen und zwar: 1. über die Enteignung staatlicher unbeweglicher Güter im Bereich des aufgehobenen Festungsbereichs in Nojestab, 2. über die Ermächtigung des Finanzministers zum Verkauf von unbeweglichen Gütern vom Besitz Lana, 3. über Aufhebung eines Tei-

les der Bezirksstrafen 1. Klasse.

Ueber die Gesetze, betreffend die Anforderung von Verkehrsmitteln für Militärzwecke und die Änderung des Paragraphen 25 des Gesetzes über die Militäreinquartierung wurde die Debatte in Einem abgelehnt. Zu diesen

Militärgefehen

sprach auch Genosse Linz. Er erklärte, die Militärverwaltung soll durch beide Gesetze das Recht erhalten, im Bedarfsfalle alles Verkehrsmaterial zu beschlagnahmen. Unsere Volkswirtschaft ist ohnehin sehr belastet, und eine richtige Koalition müßte sich sagen, wir haben des Militarismus schon genug und werden ihn nicht noch mehr ausbauen.

Das Gesetz wird der Volkswirtschaft unermesslichen Schaden zufügen und, wenn die Mobilisierung vorüber sein wird, so wird der Staat alles aufgeschämte Material verschleudern. Wir halten das Gesetz, das ungeheure Mängel enthält, für überflüssig, und die Koalition sollte sich lieber bemühen, eine Friedenspolitik zu treiben, nachdem auch das französische Volk bei den letzten Wahlen entschieden hat, es wolle von der Raubpolitik, vom Imperialismus nichts mehr wissen, wäre es Pflicht des tschechoslowakischen Staates, zusammen mit dem französischen Volke dahin zu arbeiten, daß die Militärrüstungen abgebaut werden. (Bravorufe.)

Die zweite Vorlage ist ein schlimmes Gesetz für jene Städte, wo keine Wohnungen vorhanden sind. Praktisch genommen sehen wir, daß überall Wohnungsnot herrscht. Die Gemeinden bringen oft nicht einmal Lokale auf, um die Möbel der Delegierten unterzubringen. Die Militärverwaltung aber könnte sich helfen, wenn sie weniger Kasernen und mehr Wohnungen bauen würde. Redner schließt, indem er den Senat ersucht, im Interesse des Staates, der Volkswirtschaft und der kleinen Leute die Abänderungsanträge unserer Partei anzunehmen. (Beifall.)

Bei der Abstimmung werden alle Abänderungsanträge unseres Genossen abgelehnt und die Vorlagen unverändert angenommen.

Von Interesse war auch der in der Sitzung behandelte

Immunitätsfall Matuščák.

Der Berichterstatter Senator Hrubý beantragt die Auslieferung Matuščáks, die wegen Vergehens der Ehrenbeleidigung und wegen Vergehens nach § 18 des Schutzgesetzes verlanat wird. Matuščák hat die Minister Hodža und Habrman beleidigt.

Matuščák ergreift selbst das Wort und verteidigt sich in seiner bekannt urwüchsigen Art.

Genosse Niehner: Ich habe zu den Regierungsvorträgern dahinter im Ofen nicht jenes Vertrauen wie der Herr Berichterstatter. Bevor ich mich selbst als Regierungsabgeordneter und als Regierungssenator dazu entschließen würde, die Immunität eines Abgeordneten oder Senators aufzuheben, würde ich mich vor allem gründlich von der Richtigkeit und von der Ungehrlichkeit dieser Anzeige überzeugen. (Sehr laut!) Ich habe die volle Empfindung, daß diese Erhebung über die Richtigkeit der Matuščák zur Last gelegten Äußerungen nicht gepflogen wurde, wie in vielen anderen Fällen, wo es sich um Delikte handelt, die weniger die politische Tätigkeit des beklagten Senators betreffen, sondern Dinge, die reine Privatdelikte sind. Ich weiß mich zu erinnern, daß wir eine ganze Reihe von Fällen hier gehabt haben, wo mit der größten Sorgfalt und Liebe geprüft wurde, ob denn diese Äußerungen überhaupt gefallen sind und ob sie auf Wahrheit beruhen und dergleichen. In diesem Falle aber geht man frisch und flott darauf los,

Der Leib der Mutter. 44

Roman von Elise Feldmann.

Laidi blieb bis fünf Uhr zuhause und schrieb, dann ging er ins Literaturcafé. Dort arbeitete er zwei Stunden, während an den Tischen der Literaten rings umher der Kampf um Weltanschauungen gegeneinander tobte. Feuerbrände von Reden, Redeschlachten wurden ausgefochten. Mit seinen vier Artikeln in der Tasche, zwei größeren und zwei kleineren, schritt er zum ersten Male wieder stolz erhobenen Hauptes der Redaktion zu. Der Redakteur las sie gleich durch, lobte und beglückwünschte ihn — einen der Artikel trug er gleich in den Seheraal, er sollte schon morgen im Blatte erscheinen. Es wurde ihm sein Platz angewiesen, sein Arbeitsplatz, sein Tisch im Zimmer; wenn er übrigens wolle, könne er dem Nachtdienst zugeweiht werden. Am Abend ging er in gehobener Stimmung heim. Nach acht Tagen wollte er um die Hälfte seines Monatsgehaltens bitten. Bis dahin waren ihm ein paar Hungertage beschieden. Aber man konnte sich helfen; die Reisetasche und den Schirm verkaufen — ein bißchen aus der ärgsten Bedrängnis konnten ihm die Sachen helfen. Eine Reisetasche benötigte er vorläufig nicht. Und was braucht ein Mensch, der hungerte, überhaupt eine Reisetasche? Auch den Schirm brauchte er nicht, es war keine Aussicht, daß es bald regnete. Die Tage waren angezogen, die lang andauernde Schönheit des Herbstes war in allen Blättern des In- und Auslandes herborgehoben...

Aber, wenn er sein erstes Gehalt hatte, wenn er die Honorare bezog, für all die vielen Artikel, die er schreiben wollte. — — — Eines Nachts konnte er mit der gefüllten Brieftasche in der „Gasse“ erscheinen. Justine mit ihren braunen, suchenden Kinderaugen konnte er laufen. —

Solange er wollte, konnte er sie in den Armen halten, ein Mädchen erleben.

In seinem Hotelzimmer lebete er sich aus, legte sich in das fremde Bett. Bevor er einschlieft, dachte er:

O kleines Hotelzimmer, Kabine für einsame Seelen...

Er drehte das Licht ab.

In der Nacht wedte ihn Geräusch. Bei seinen Papieren auf dem Tisch war es. Jemand warf die Papiere durcheinander und es raschelte.

Er knippte und beim Lichte sah er ein braunes Mäuschen; wie es am Tische umherlief, auf dem Draht seiner elektrischen Lampe herumspazierte, wie ein kleiner Seiltänzer. — Morgen werde ich um eine Kasse bitten, dachte er.

Er sah dem Mäuschen lange zu und lächelte. Welch ein seliger Gedanke sah in ihm. Es mußte dunkel sein, um ihm nachzuhängen. Und er knippte ab.

Wenn ich wieder Geld haben werde... dann werde ich eines Nachts in die „Gasse“ kommen und ich werde Justine sehen... ich werde ihr Geld geben... und dann wird der Herr Madoff sie mit mir gehen lassen — und wir werden in der Nacht allein sein — in ihrem Zimmer: O Traum aller Träume...

Er arbeitete tüchtig. Er sah etwas auf der Straße und im Nu war ein Bild da. Er schrieb die Bogen voll und am Morgen waren sie Druckware, standen da, ohne ein Namenszeichen zu tragen. Und die Leute kauften die Blätter und lagen. Ein frischer Zug ist mit ihm gekommen, lobte der Chef.

Allmählich fing er wieder an, auf sein Neuhäres zu achten. Seine Hände delamien wieder ihre Frauennamut, wenn er zwischen weiß gewaschenen Fingern die Zigarette hielt und reine

Manschetten unter dem dunklen Rockärmel hervorgudten.

Aber sein Gesicht hatte Spuren behalten; es war untergelaucht in die Wildnis der Verzweiflung; es hatte fürchterliche Spuren angekehrt. Wie ein genesener Geisteskranker war er, der sich von den Torflügeln der Anstalt entfernte, und noch einmal zurückblau nach dem vergitterten Fenster, wo seine Seele wie ein unglückliches Kind Tag und Nacht geweint hatte — ehe er hinaus in die Straßen der Welt schritt. Die Armut hatte ihn geknickt, ihm die Luft ausgeblasen. Er war tief gesunken. Er hatte beständig einen schlechten Geschmack im Munde. Manchmal versuchte er es, zu fremden Leuten zu reden, Gespräche anzubahnen, und er ertöte mitten in einem Satze in der Erinnerung dessen, was er gewesen, wie ein Schwindler oder Dieb. Und es passierte mehrmals, daß seine Augen sich grundlos wegen jeder Kleinigkeit feuchteten. Einmal hatte er im Auftrage am Bahnhofe zu tun. Er erwartete die Ankunft einer fremden Mission. Da sah er er Ferienkinder, die heimtamen, Spätlinge. Ein kleines Mädchen wurde vom Vater erwartet. Er hatte vorher den Mann gefragt, auf wen er warte? — Auf meine Kleine; es ist bald tief im Herbst und sie ist noch nicht zu Hause; wir halten es nicht aus vor Bangigkeit. — Wie ist sie denn, Ihre Kleine, erzählen Sie mir von ihr? — Ich bin Geschäftsmann und sehe im Kontor und rechne; aber das Leben wäre zu grau und zu traurig, wenn sie nicht wäre mit ihrer Klugheit, mit ihrem Lachen, mit ihrem Singen. — Wie alt ist sie? — Neundreiviertel Jahre, also bald zehn, mit braunen Locken, mit blauen Augen und wenn sie lacht, dann muß ich jedesmal mitlachen; ihr Lachen wirkt ansteckend. Abends, nach Geschäftsabschluss holt sie mich ab, gemeinsam mit ihrer Mutter: — aber nicht wahr, Vater, jetzt gehörst Du mir? sagt die Kleine... der Zug hielt und ein solches braunlockiges, rotwangiges

Kind sprang aus dem Wagen. Es war gesund und lieblich, ein echtes Kind. — — Es wird geliebt. Es ist glücklich. Und Laidi drängte sich abseits, und die Tränen stürzten ihm aus den Augen, und er sah das kleine Mädchen durch die Menschenreihen verstoßen an; tief wollte er es anschauen und sich von dem Anblick durchbringen lassen, ein glückliches, geliebtes Menschenkind!

Er hatte das Bild der Tänzerin wieder über sein Bett gehängt; aber ihr Gesicht wurde ihm mehr und mehr gewöhnlich. Jetzt erschien ihm ihr Lächeln maskenhaft. Was sagte das Lächeln einer schönen Frau? Oh, viel sagte es. Es war der Ausdruck der lebendigen Gegenwart; die Schönheit selbst war es. Ein schönes, junges, heiteres Mädchen war die höchste Vollkommenheit der Natur; das konnte den Vergleich mit allen großen Dingen aufnehmen, selbst mit der aufgehenden Sonne.

Justine konnte nicht mehr lächeln. Sie hatte den lauschenden Blick eines Rechs oder einer Gans, der Gefahr droht — sie horchte ins Unglück hinein. Aus ihren roten, rohen Händen waren schmale, blasse Mädchenhände geworden. Immer wieder dachte er, daß er sterben würde für eine Liebeslosung dieser Hände. Jeden Morgens erwachte er und dachte: heute. Und er zählte seine Härtschaft. Sie war gering. Er wollte nicht ein zweitesmal um Vorschlag bitten. Er wollte seine präfäre Lage nicht vollständig preisgeben. Warten, und dann handeln.

Die Mäuse waren vertrieben und vertilgt. Der Knecht war mit einer Kasse gekommen, doch der Kasse waren sie entronnen. Die gescheiterten Tiere, die hellhörig und gewöhigt, ihr nacktes Leben verteidigten! Der Knecht mußte noch einmal kommen und dann rückte er den Schraub fort und zwei fand er und machte sie mit dem Stiefel tot.

(Fortsetzung folgt)

eines der wichtigsten Grundrechte der gewählten Volksvertreter aufzuheben

und einen Senator dem Gerichte auszuliefern.

Die Anzeige, die dem Auslieferungsbegehren zugrunde liegt, gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil betrifft zweifellos eine private Ehrenbeleidigung. Ich erkläre auch bezüglich dieses Teiles, daß ich nicht so ohne weiteres daran glaube, daß der Kollege Matusek, der ja manchmal sehr merkwürdige Äußerungen macht, diese Äußerungen gemacht hat. Dennoch sage ich: Das ist ein privates Delikt, da ist es Sache des Gerichtes, zu prüfen.

Aber der zweite Fall. Hier handelt es sich um ein politisches Delikt und selbst wenn alles, was der Herr Staatsanwalt sagt, wahr wäre, würde ich doch zu bedenken geben, ob es gerechtfertigt ist, die Immunität eines Senators deshalb aufzuheben. Wir haben vor uns nur die Äußerung des Regierungsvertreters. Was hat Kollege Matusek gesagt. Er sagte:

Die Anhänger der kommunistischen Partei würden jetzt von Polizisten und Gendarmen überfallen werden. Diese Polizisten und Gendarmen werden die Kommunisten aus den Betten herauswerfen und bei ihnen nach Gewehren, Granaten, Maschinengewehren, Kanonen usw. suchen. Wenn die Kommunisten befragt werden, von wo sie diese Gegenstände haben, soll jeder sagen, daß die rote Armee genug solcher Gegenstände habe und sie, bis es nötig sein werde, sie auch gebrauchen werde.

Welche rote Armee und gegen wen werden sie diese Gegenstände, diese Waffen gebrauchen? Ist denn darin gesagt, gegen den tschechoslowakischen Staat.

In der Anzeige des Regierungsvertreters wird als besonders erschwerend geltend gemacht, daß

Senator Matusek diese aufreizenden Äußerungen vorgetragen hat, obwohl die Versammlung betrunken war.

Ich habe schon viel in meinem Leben gesehen, aber eine vollständig betrunkene Versammlung — dieser Anblick ist mir noch vorzuenthalten geblieben. Es kann wohl vorkommen sein, daß es einzelne Betrunkene gegeben hat, aber die „vollständig betrunkene Versammlung“ scheint eine tendenziöse Färbung des Regierungsvertreters zu sein. Davon erkennt man den ganzen Charakter dieser Anzeige, daß er einfach ganz kurzweg die Versammlung als aus Trunkenbolden bestehend hinstellt. Das mühte stutzig machen gegenüber der Anzeige, selbst wenn man nicht auf dem Standpunkt der unbedingten Immunität steht. Die Äußerungen eines Regierungsvertreters, der solche Anzeigen erstattet, müßten Sie ein bißchen genauer überprüfen. Ich glaube nicht daran, daß Senator Matusek so verworrenes Zeug zusammengespinnen hat; aufreizend ist das gewiß nicht! Wenn hier davon gesprochen wird, daß diese verworrenen Sätze auf die Versammlung derart aufreizend gewirkt hätten, daß es beinahe zu einem Blutvergießen gekommen wäre, muß ich sagen: Wenn Matusek das wirklich gesagt hat, war weniger die Versammlung in gehobener Stimmung als Matusek, der sich vielleicht in einer gehobenen und festlichen Stimmung befunden hat, die ihm diese Worte in den Mund gelegt hat. In der Äußerung liegt eine solche Unklarheit und eine solche Verwirrung, daß ich darin

Keineswegs das Vergehen der Aufreizung

erblicken kann. Geben wir die Immunität nicht leichtfertig preis! Es kann jede einzelne Partei heute oder morgen in die Lage kommen, von diesem Schutz der Immunität Gebrauch zu machen.

Genosse Friedlich: Siehe Frankreich!

Riefner (fortfahrend): Es ist hier mit Recht Frankreich gerufen worden.

Mehrheitsverhältnisse bestehen nicht ewig und auch die Herrlichkeit der Koalition ist vergänglich!

Was heute Mehrheit ist und Regierungspartei, das kann morgen eine Minderheit sein, kann morgen zumindest eine oppositionelle Partei sein. Heute gibt es in dem Staate schon so viel an reaktionären Gesetzen, daß man mit Hilfe dieser Gesetze jeden Rest von Freiheit erdroffeln kann. Nun gehen Sie auch noch daran, die Immunität zu droffeln.

In reaktionären Oesterreich, das Sie immer als Schreckgespenst hinstellen, ist nicht ein Fall zu verzeichnen gewesen, daß jemand wegen eines Wortdeliktes den Gerichten ausgeliefert worden wäre. Die Koalition hat hier eine vollständig ungleiche Immunitätspraxis eingeführt. Wenn es sich um ein Mitglied der Opposition handelt, wird mit der größten Strenge, wo es sich um ein Mitglied der Regierungsparteien handelt, mit der weitestgehenden Milde vorgegangen! (Lebhafte Beifall.)

Da der Berichterstatter erklärt hatte, daß sämtliche deutschen Mitglieder des Immunitätsausschusses für den Antrag auf Auslieferung Matuseks gestimmt hätten, erklärte

Genosse Gladik: Das entspricht nicht den Tatsachen.

Ich berichtige tatsächlich, daß ich für die Auslieferung des Kollegen Matusek als Mitglied des Immunitätsausschusses nicht gestimmt habe.

Sobald wurde der Antrag des Berichterstatters auf Auslieferung Matuseks unter sechs hundert Stimmen angenommen und die Sitzung geschlossen.

Die reiche Partei warnt Deutschland.

Das neue Frankreich wünscht ein Einvernehmen mit einem friedfertigen Deutschland.

Paris, 13. Mai. (Savas.) „Excelsior“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Painlevé (eines Gegners Poincarés), welcher den Standpunkt der Linkspartei zum Reparationsproblem und dem Sachverständigenplane in folgender Weise festlegte: Frankreich will den Frieden, einen auf dem Erfolge der verursachten Schäden beruhenden gerechten und dauernden Frieden. Die Politik der Zusammenarbeit der Völker kann jedoch keine einseitige sein. Es wäre einfach ein Betrug, wenn auf der anderen Seite des Rheins diese Politik einem bösen Willen und den geheimen Wunsch begegnen würde, welcher die rein friedlichen Bestrebungen Frankreichs ausbeuten wollte. Deutschland möge wissen, daß ein solcher

Artum seinerseits für daselbe die verderblichsten Folgen hätte. Zu einer friedlichen Zukunft Europas und der Welt könne man nur dann gelangen, wenn der gute Wille und die Versöhnlichkeit Frankreichs dem guten Willen zu einer aufrichtigen und dauernden Erfüllung der Verpflichtungen in Deutschland begegnen würde. Painlevé gedachte sodann der nationalistischen Kundgebungen in Halle und bemerkte, daß derartige Kundgebungen in den Ohren von Leuten guten Willens, welche die Aufwiegelung von Kriegseidenschaften befürchten, nicht angenehm klingen. Es sind hier, sagte Painlevé, beunruhigende Anzeichen der Stimmung des deutschen Volkes vorhanden, welche wachsam verfolgt werden müssen.

Gute Patrioten, aber bessere Europäer.

New-York, 14. Mai (Savas). Die „New-York Times“ fürchtet, daß der Erfolg der Linken den deutschen Widerstand ermutigen könnte. „Das Blatt „Morning World“ schreibt u. a., daß die künftigen Männer Frankreichs ebenso gute Patrioten seien, wie Poincaré, daß sie aber bessere Europäer sind als letzterer. Eine Entente zwischen Macdonald und einem Frankreich, vertreten durch Briand, Herriot und die Sozialisten sei die einzig mögliche Kombination um den Dawesplan in Ausführung zu bringen.

Auch Lloyd George ist zufrieden.

London, 13. Mai. Lloyd George sagte in einer Rede in der Nationalliberalen Vereinigung, ganz Europa freue sich über die Nachrichten von dem großen Siege des Liberalismus in Frankreich. Dies sei ein sehr bezeichnendes Ereignis von großer Tragweite und er hoffe und glaube fest, daß dies zu der sehr nötigen friedlichen Stimmung der Welt führen werde.

Sie jungen neues Blutvergießen.

Berlin, 13. Mai. (Eigenbericht). Die ständischen Vorfälle in Halle am letzten Sonntag sollen kommenden Sonntag in Halle durch eine gewaltige Gegendemonstration der Republikaner beantwortet werden. Auch für Breslau kündigen die Hakenkreuzler und ihre Verbündeten einen „Deutschen Tag“ an, der Sonntag stattfinden soll. Die Breslauer Republikaner rüsten zu einer imposanten Gegenkundgebung.

Im Berliner „Stadion“ wollen die Berliner Nationalisten Samstag eine große Parade veranstalten und auch in einer Reihe anderer deutscher Städte sind bereits „Deutsche Tage“ angekündigt. Es heißt aber, daß alle diese Veranstaltungen und auch die republikanischen Gegenkundgebungen auf Grund des noch bestehenden Verbotes öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel verboten werden sollen.

Ein weißer Habe.

Eine gerechte Lösung des Minoritätenproblems.

Bukarest, 12. Mai. (Rador.) Der ehemalige Vorsitzende des Transilvanischen Rates und gegenwärtige Führer der rumänischen Nationalpartei Maniu äußerte sich im Sozialen Institut über das Problem der Minderheiten in Rumänien. Er erklärte, Rumänien müsse, wiewohl es ein Nationalstaat ist, die Rechte der anderen Nationalitäten anerkennen, sowohl vom Standpunkte des Gerechtigkeitsgefühls, als auch gemäß den Verpflichtungen, welche es durch die Verträge mit den allierten Großmächten übernommen hat, was die beste Art des Dankes für die Rumänien geleistete Hilfe sein wird. Die Minderheiten müssen die Macht erlangen, ihre nationale Eigenart in den Schulen und Kirchen, sowie die lokale administrative Autonomie frei zu entfalten. Das Grundprinzip ist, daß jedem Volke, welches in größerer Anzahl angesiedelt ist, in seiner eigenen Sprache Unterricht, Verwaltung und Gerichtewesen zuteil werde.

Der „Blut der Mitte“ im Werden.

Berlin, 13. Mai. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler hat heute mit Vertretern der Demokraten über die Bildung eines Blodes der Mitte verhandelt und morgen versammeln sich die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei zu einer Besprechung über diese Frage.

Wahlniederlage der japanischen Regierung.

Djalo, 13. Mai. (Savas.) Da die Regierungspartei bei den Wahlen geschlagen worden ist, verlangen die Blätter, daß das Kabinett seine Demission gebe.

Die Regierungskandidaten haben kaum ein Drittel der Sitze der neuen Kammer erlangt. Von etwa 460 Abgeordneten gehören 282 zur Opposition, abgesehen von 20 Unabhängigen, die sich wahrscheinlich der Opposition anschließen werden. Neue Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

Die bayrische Justiz macht Wige.

München, 13. Mai. Vor dem Volksgerichte in München hatte sich der neugewählte völkische Reichstagsabgeordnete Feder, der in der am 8. November im Bürgerbräukeller ausgerufenen Regierung zum Finanzminister ernannt wurde, wegen Hochverrates zu verantworten. Er wurde aber nur wegen „Amtsanmaßung“ zu — 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der erste Präsident Chinas gestorben.

Hongkong, 13. Mai. (Savas.) Infolge eines Gehirnschlags ist Sun-Yat-Sen gestorben.

gewiesenen 5636 neuen Mitgliedern ergibt sich bis heute ein

Mitgliederzuwachs von 8434 Personen.

Bis die Berichte aus allen noch ausständigen Bezirken eingelangt sein werden, wird das voraussichtliche Gesamtergebnis, das wir bei unserer letzten Veröffentlichung mit 10.000 neuen Mitgliedern angaben, sicherlich noch übertroffen werden.

Das Ergebnis der Werbeaktion in Westböhmen hat den Beweis erbracht, daß die Kreise Karlsbad und Eger nach wie vor Hochburgen der deutschen Sozialdemokraten in diesem Staate sind. Mag die bürgerliche Presse noch so viel über den „Niedergang der Sozialdemokratie“ und über deren vernichtenden Niederlagen schreiben — die Erfolge der Werbeaktion geben unserem Kampfsprache recht:

„Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!“

Das Wohl des Herrn Lodgman.

Herr Lodgman, dessen widerspruchsvolle Parteitagrede wir uns gestern ein wenig von der Nähe ansehnen, hat in Tetschen vor Zerschluß, nämlich vor der Abstimmung über die Entschlieung, noch einmal das Wort ergriffen und eine, wenn man so sagen darf, nationale ökonomische Erklärung abgegeben, die wir wegen ihres hohen wissenschaftlichen Wertes und ihrer tiefgründigen Betrachtungsweise wörtlich wiedergeben wollen. Lodgman sagte:

„Die menschliche Gesellschaft, so weit sie sich in den ökonomischen Verhältnissen widerspiegelt, kann nicht befreit werden von ihren Wähler-

durch Begriffe, die man in die Welt setzt, indem man glaubt, man werde die Welt nach einem Worte ummodellieren können. Es ist nicht richtig, daß der sogenannte Kapitalismus die Schuld an der Ausbeutung des Arbeiters, des Angestellten hat. Eine Ausbeutung gibt es, seitdem es Menschen gibt, von einem Kapitalismus war noch gar keine Rede, da gab es schon Ausbeutung, Sklavenarbeit oder den Dienst der Unfreien, der Hörigen oder Leibeigenen. Die Bewegung zur Befreiung darf sich nicht auf den Begriff einstellen, denn ich bestreite, daß Zustände in der menschlichen Gesellschaft durch Begriffe zu ändern sind. Wir haben uns weder für das kapitalistische, noch für das antikapitalistische System zu entscheiden und ich behaupte, daß das Phänomen der Ausbeutung ein psychologische Phänomen ist, denn der Wille des Ausbeutenden macht, wenn er vorhanden ist, die ihm zur Verfügung stehenden Mittel eben der Ausbeutung dienlich. Wir glauben deshalb, daß diese Ausbeutung, wo sie vorhanden ist, durch psychologische Hilfsmittel bekämpft werden muß, ohne jedoch zu leugnen, daß sich auch Gesetzgebung und Verwaltung in den Dienst dieser Arbeit zu stellen haben.“

Herr Lodgman, der trotz der seit Jahren zunehmenden Verkleinerung seines Formates seine Kollegen von der deutschbürgerlichen Politik noch immer um Haupteslänge überragt, mag es unserer Wahrheitsliebe zu gute halten, wenn wir diesen Gallimathias als das bezeichnen, was er ist: als einen hanebüchernen Blödsinn. Daß sich bürgerliche Ökonomen vor der Härte der wirtschaftlichen Tatsachen sehr oft in das Gebiet der Psychologie hinüberzureiten versuchen, ist ja nichts Neues. Aber ein derart schändlicher Mißbrauch mit diesem Wohl kapitalistischer Volkswirtschaftler, wie ihn Herr Dr. Lodgman treibt, ist uns bisher noch nicht untergekommen. Zunächst ist er, der sonst Sachliche, wegen der bewußten Unklarheit zu rügen, daß irgendjemand — gemeint sind natürlich die Sozialisten — „die Welt nach einem Wort ummodellieren“ wollen, mit welcher ebenfalls unausgesprochenen Wort wiederum der Sozialismus gemeint ist. Das Wort von der ehernen wissenschaftlichen Forderung des Sozialismus entspringt der unabweisbaren Tatsache, daß die Ausbeutung eben vorhanden ist und nur durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln beseitigt werden kann. Herr Lodgman aber findet sich mit dieser Grundlage des Ausbeutungssystems, mit dem Eigentum an den Mitteln in den Händen weniger ab und möchte nur auf den Willen der Ausbeutenden Einfluß nehmen, die höflich gebeten werden sollen, ihr Geschäft doch zu lassen. Das ist etwa so, wie wenn man einem Mörder, der sein Opfer in den Händen hält, nicht etwa die Hände binden, sondern warten würde, bis der Verbrecher vielleicht anderer Meinung, anderen Willens wird. Nach dem Rezept Dr. Lodgmans, das sich seine fabriktreibenden Parteigenossen nicht einmal auf den Hut stecken werden, sind „psychologische Hilfsmittel“, also gültiges Zureden, Streicheln der Ausbeuter usw. ein ausgezeichnetes Mittel gegen die Ausbeutung! Zur Entschuldigung des Kap.omus führt dann Herr Dr. Lodgman weiter an, daß es eine Ausbeutung auch schon vor der Zeit des Kapitalismus gab. „Seitdem es Menschen gibt“, gibt es zwar trotz der Behauptung des Herrn Lodgman eine Ausbeutung nicht, denn in ihren Urformen kannte und kennt die Menschheit nirgends dieses „psychologische Phänomen“ des Herrn Lodgman. Aber die später auftauchenden Ausbeutungsformen wie Sklavenarbeit oder Leibeigenschaft haben die jeweils ausgebeuteten Menschen eben durch Kampf überwunden und so werden sie es auch mit dem kapitalistischen Ausbeutungssystem halten. Wenn Herr Lodgman schon so freundlich ist, um zu diesem Zwecke und für diesen Kampf „auch Gesetzgebung und Verwaltung“ zur Verfügung zu stellen, wollen wir mit seiner gültigen Erlaubnis auch davon Gebrauch machen.

Wir hatten natürlich nicht die Absicht, Herrn Dr. Lodgman in einem für Volkshochschulen bestimmten Kollegium die Grundbegriffe der Volkswirtschaft auseinanderzusetzen. Dazu scheint es bereits zu spät zu sein. Wir wollten vielmehr nur aufzeigen, wie hoffnungslos dunkel es selbst in einem der besten Köpfe des deutschen politisierenden Bürgertums aussieht. Wenn Herr Lodgman befreit ist — was niemand behauptet hat — „daß Zustände in der menschlichen Gesellschaft durch Begriffe zu ändern sind“, so bestreiten wir, daß die Begriffe des bestehenden Bürgertums, einschließlich des Herrn Lodgman, jemals durch Belehrung, Ueberzeugung oder sonstige „psychologische Hilfsmittel“ zu beseitigen sind.

Glückwunschepeiche nach Paris.

Der Vollzugsausschuß der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sandte der Partei der vereinigten Sozialisten in Paris nachstehendes Telegramm: Der Vollzugsausschuß der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei beglückwünscht die französische Partei der vereinigten Sozialisten zu dem großen Wahlsieg, der nicht nur Euer Sieg ist, sondern auch ein Sieg der Politik, die sich die Festigung und Aufrechterhaltung des Weltfriedens erstrebt, und ein Sieg Jaurés, also des demokratischen Sozialismus. Es lebe die sozialistische Internationale der Arbeit! Rémer, Sampl, Marek.

Die Wirtschaft des Jglauer Regierungskommissars. In der letzten Sitzung der Jglauer Verwaltungskommission kam es zum offenen Bruch der Oppositionsparteien mit dem Regierungskommissar V. H. B. O. N. Y., dessen unverantwortliche Wirtschaft und dessen Vorhaben gegen die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten zur energischen Abwehr herausforderte. Deshalb meldete sich gleich nach Sitzungsbeginn Herr C. H. R. O. M. Y. zu Wort, der das Vorhaben des Regierungskommissars in scharfen Worten geißelte. Er sagte unter anderem:

Trotz der Zusage an die Verwaltungskommission, daß bei Vergabung des Baues der städtischen Wohnhäuser nur die lokale Unternehmer und Arbeiter in Betracht kommen werden, wurde der Bau der 5 Wohnhäuser an die Firma Kofel & Sunde vergeben und es ist heute schon zu erwarten, daß diese Firma wiederum auswärtsige Arbeiter heranziehen wird und auch in Ausfuhrung und Materialverwendung nicht einwandfrei vorgehen wird.

Wir verweisen auf die Entlassungen von Arbeitern, die lange Jahre im Dienste der Stadtgemeinde tätig waren und grundlos der Entlassung zugeführt wurden, während an ihre Stelle andere Arbeiter von auswärts herangezogen wurden. Ebenso wurden bei der Reorganisation der Bediente nur ortsfremde Personen aufgenommen.

Die Beschlüsse aus der Staatsprache wurden mit einem viel zu kurzem Termine zum Studium derselben festgesetzt, weshalb auch das Resultat ein negatives sein mußte. Gegen die Art der Zeugnisausstellung müssen wir den schärfsten Protest einbringen, da es vollständig ungerechtfertigt erscheint, einen Beamten mit langjähriger Dienstzeit der Unfähigkeit im Amte zu zeihen, zumal die Sprachprüfung vorderhand der gesetzlichen Grundlage entbehrt und die Dienstprognostik ausdrücklich besagt, daß nur dauernde Unfähigkeit zum Amte eine Pensionierung herbeiführen kann. Darum müssen wir das Vorgehen des Regierungskommissars auf das entschiedenste verurteilen, wenn er durch seine Organe Beamte zum Pensionstand zwingen will, welche bei der Prüfung nicht versprochen haben.

Wir fordern und begehren, dem Regierungskommissar der Stadt Jglau das Mißtrauen unserer Partei, sowie der breiten Öffentlichkeit anzusprechen und verlangen seinen Rücktritt aus dieser Funktion, damit der schwergefährdete Frieden zwischen den beiden Nationen unserer Stadt nicht vollends vernichtet werde.

Da der Regierungskommissar die Debatte hierüber nicht eröffnete, verließen die deutschen Sozialdemokraten den Saal, um zu schließen sich die Deutschbürgerlichen die Kommunisten und die jüdischen Vertreter der Jglauer Verwaltungskommission an, so daß nur zwölf tschechische „Rechtbehalter“ zurückblieben. Der Antrag der Opposition wirkte auf den Regierungskommissar und die sozialistischen Parteien sehr deprimierend, was in den Reden der tschechischen Rechtbehalter zum Ausdruck kam. Trotzdem wurde aber die Beratung fortgesetzt. Es wäre höchste Zeit, daß die Diktatur des Jglauer Regierungskommissars ein Ende nimmt und Wahlen in die Gemeindevertretung ausgeschrieben werden.

Die Volksschule und der konfessionelle Unterricht.

Am 14. Mai sind es 56 Jahre, daß das von österreichischen Abgeordneten und Herrenhaus beschlossene Reichsvolksschulgesetz, welches auch heute noch in seinen wesentlichsten Teilen in Kraft ist, inkraft getreten ist.

Das Reichsvolksschulgesetz löste bei seiner Vorlage am 2. März 1869 im österreichischen Abgeordnetenhaus eine große Debatte aus. Drei Tage nachdem es den konfessionellen Ausschuss passiert hatte — den 21., 22. und 23. April 1869 — dauerte die Redezeit in mehr als dreißig Reden kamen die Meinungen zum Ausdruck. Gegner waren die slowakischen, einschließlich der polnischen Autonomisten, die italienisch-merikanalen Autonomisten und die deutschen Merikalen; Freunde der deutschen Liberalen, die einige der besten Redner ins Feld schickten, Herrn Dr. D. N. S. I. G. v. S. i. g. u. l. y. und den Abg. S. h. i. n. d. l. e. r. Von tschechischer Seite sprach Abg. K. i. e. g. e. r sehr warm für das Gesetz und der Unterrichtsminister Dr. v. S. a. s. n. e. r verteidigte in drei Reden eingehend die Regierungsvorlage. Im Herrenhaus sprachen Dr. U. n. g. e. r und Graf Anton A. u. e. r. s. p. e. r. g. (A. u. a. s. t. i. u. s. G. r. ü. n.) überzeugend für die Vorlage.

Die Debatte wurde von den Merikalen in der geschäftigsten Weise geführt, vornehm und von der wissenschaftlichen Seite aus von den Deutschliberalen. Auf die Lehrer abgesehen hatte es Vater G. r. e. u. t. e. r (Tirol), der sagte: „Wenn man hört, die Volksschullehrer von Preußen haben bei Sadova gesiegt, dann wird man im Lehrerstand den Wunsch reger machen, daß der Lehrer, wenn er bei Sadova die Generale erlegt hat, auch den Gehalt eines Generals erhalte. Hören Sie, meine Herren, den Lehrerstand sozuzagen von der Grundlage des religiösen Glaubens los, so wird kein Gehalt, kein Geld den Lehrer beruhselig machen. Die konsequente Durchführung dieses sogenannten Staatsmonopols (Unterrichtszwang) im Unterrichte führt notwendig zum Sozialismus.“ — Ihm antwortete Abg. S. h. i. n. d. l. e. r (Niederösterreich): „Gegen Konfessionen haben wir den Grundsatz der Konfessionslosigkeit nicht an

die Spitze des Gesetzes gestellt. Aber gegen jeden überwuchernden kirchlichen Einfluß auf die Frage des Wissens in der Schule haben wir uns zu bewahren gerichtet. Mit einem Worte, dem katholischen Ultramontanismus gegenüber ist die Konfessionslosigkeit der Schule von uns zum Prinzip erhoben worden. Gleiches Recht für alle. Auf diesen Standpunkt hat sich der Ausschuss gestellt. Da gibt es keine Ausnahme; keine Konfession ist unser Feind, wir oder sind Feinde jedes Uebergriffes, gleichgültig, ob der, der sich einen solchen erlaubt, Kardinal, Papst, Bischof oder wie immer heißen möge. Die Schule hat das Wissen als oberste Aufgabe überzuordnen. Das Glauben wird ruhig der Familie überlassen. Damit wollen wir eben sagen, daß das sittliche Moment der Schule, das zusammenfallen kann mit dem religiösen, nicht aber immer mit demselben identisch ist oder identisch sein muß, von der Schule nicht außeracht gelassen werden darf. Man sagt, wir wollen den Eltern ihre Kinder nehmen, weil wir sie in einer konfessionslosen Schule unterrichten wollen, während wir Sorge tragen, daß für ihren konfessionellen Unterricht bestens gesorgt wird. Das wirft uns ein Wortführer jener Partei vor, welche es in ihrem Rechte findet, die Kinder der Mütter noch ungehört wegzunehmen durch die Revers, die sie bei gemischten Ehen verlangt.“

Abg. K. i. e. g. e. r verwies darauf, daß gerade die Aera, in der die Leitung des Volksschulwesens nahezu ausschließlich in den Händen der Geistlichkeit war, sich an den Erwachsenen im schlechten Sinne spiegelt und er stellt die Frage, welche Konfession eigentlich die Wissenschaften, welche Konfession Mathematik, Geographie, Astronomie, das Schreibereisen, Technologie, Mechanik usw. haben sollen, ob katholisch, jüdisch oder protestantisch?

Die Merikalen bekämpften die Vorlage mit denselben Argumenten, mit denen die heutigen Merikalen, die ihre Feindschaft gegen das Volksschulgesetz noch immer nicht aufgegeben haben, noch immer hanieren geben. Das Gesetz sei ein Eingriff in die Elternrechte, die Schule sei konfessionslos, der Staat übe einen ungerechtfertigten Zwang aus, die Sittlichkeit gehe verloren, die Lehrer würden zu hohe Gehälter fordern und der gleichen bekannte liberale Argumente mehr.

Gegenüber der politischen Schulverfassung vom Jahre 1805, dem maßgebenden Gesetze für die Schule, stellte das Reichsvolksschulgesetz tatsächlich einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt dar. Die in dieser politischen Schulverfassung enthaltenen Grundsätze stempelten die Trivialschule, so wurde die Volksschule eigentlich benannt, zum Werkzeug der katholischen Kirche und der herrschenden Klasse. Es wurde bestimmt, daß die Ausbildung in der Schule auf die Bedürfnisse der Klasse, die sie unterrichtet, Rücksicht zu nehmen hat. Den Kindern sind jene Begriffe beizubringen, so bestimmt Paragraph 40, welche für Menschen ihres Standes notwendig und nützlich sind und bei dieser Klasse von Untertanen geeignet sind. Als eigentliche Schullehrergeschäfte wurden bezeichnet: Lesen, Schreiben, Rechnen und selbstverständliche Religionslehre.

Das Volksschulgesetz wurde daher von Papst und Bischöfen verdammt in alle Ewigkeit. Im Synodus errom verdammt Papst Pius IX. ausdrücklich die Lehre, daß die Staatsgewalt den kirchlichen Machtansprüchen Grenzen ziehen könne, und daß die Kirchengewalt nicht ohne Zustimmung des Staates ausgeübt werden dürfe; er verdammt insbesondere die Lehre, daß die Leitung des öffentlichen Schulwesens Staatssache sei, und daß die Volksschulen und höheren Lehranstalten der Autorität und dem Einfluß der Kirche entzogen werden sollen; er verdammt nicht minder die Lehre, daß laizalisierungstendenzen irgend eine Art der Jugendziehung gebilligt werden könne, die vom katholischen Glauben und der Autorität der Kirche absehe und ausschließlich oder auch nur vorzugsweise die Kenntnis der natürlichen Dinge und des irdischen sozialen Lebens ins Auge fasse.

Die hasserfüllte Agitation der Merikalen gegen das Reichsvolksschulgesetz führte im Jahre 1883 zu einer Verschlechterung durch die sogenannte Schulnovelle, nachdem schon im Jahre 1880 durch den Antrag Lichtenschein ein reaktionärer Vorstoß versucht worden war. Im Jänner 1888 wurde der Antrag Lichtenschein neuerdings eingebracht — und abgelehnt. Im März 1890 unternahm die Bischöfe im Herrenhaus einen Vorstoß, indem sie forderten, daß der katholischen Kirche ein entscheidender Einfluß auf die Anstellung der Lehrer eingeräumt werde. Die Regierung konnte dem gestellten Verlangen nicht entsprechen, da die Zusammenfassung des Parlamentes solchen schwarzen Plänen nicht günstig war.

Die Freunde einer guten Volksschule waren weit weniger rührig als die Merikalen, so war es in all den verflochtenen fünfzehn Jahrzehnten, so ist es leider auch heute noch. Gerade der organisierten Arbeiterschaft sollte es klar sein, um was es mit der Schule geht und wenn die Trennung von Schule und Kirche noch nicht durchgeführt ist, so ist ein Grund dafür in der Tatsache zu suchen, daß viele Eltern, die sonst nichts mehr mit der Kirche zu tun haben, ihre Kinder ruhig Religionsunterricht erteilen und religiöse Übungen mitmachen lassen.

Wer wirklich eine gute Schule des Volkes schämt und eine solche wünscht, der darf es nicht beim Wunsche lassen, sondern muß für sie voll Tatkraft kämpfen und ohne Unterlaß für ihren Ausbau wirken.

Die französische Presse, die Wahlagitiation und Wahlen.

Welchen Einfluß hat sie?

Ein gelegentlicher Mitarbeiter schreibt der „Arbeiterzeitung“ vor dem Wahltag aus Paris: Welchen Einfluß hat die Presse in Frankreich auf die Wahlen? Auch in Paris steht ihr Einfluß in keinem Verhältnis zu der Verbreitung der Blätter. Die Tatsache wurde mir von den verschiedensten Männern der verschiedensten Parteirichtungen bestätigt, und die Erklärung hierfür gab mir ein Pariser Universitätsprofessor, der wohl ein eifriger Verehrer Poincares, aber dennoch sehr sachlich und nüchtern in seinen politischen Urteilen ist, mit der Bemerkung: „Alle Pariser Blätter, bis auf einige wenige, die man an den Fingern herzählen kann, sind lauslich. Das weiß alle Welt, in Paris wie in der Provinz, und darum läßt sich kaum mehr jemand von ihnen politisch beeinflussen. Ihr ganzer politischer Einfluß besteht darin, daß sie die Regierung terrorisieren und das Ausland ganz falsch über Frankreich informieren. Dieser Einfluß ist allerdings ziemlich groß und noch mehr verhängnisvoll. Von der Pariser Presse haben, abgesehen von den direkten Parteiblättern wie „Populaire“ (Sozialdemokraten), „Humanite“ (Kommunisten) und „Action Francaise“ (Monarchisten), nur einzig der „Quotidien“ (bürgerlich-radikal mit stark sozialistischem Einschlag) in der Provinz politischen Einfluß.“

Mehrfache Reisen in der französischen Provinz, gerade in jüngster Zeit, haben mir diese Bemerkung des Pariser Professors bestätigt, nur daß ich feststellen konnte, daß der Einfluß des „Quotidien“ in zwei der wichtigsten Wähler-schichten, in jener der Lehrer und der kleineren und mittleren öffentlichen Beamten, geradezu entscheidend ist. Das hängt aber damit zusammen, daß vor etwa anderthalb Jahren von einer Vereinigung von vierzigtausend, fast ausschließlich den erwähnten Schichten angehörenden Franzosen aus eigenen Mitteln dieses Blatt begründet wurde und diese ihm seither mit Hilfe einer unermüdeten Propaganda zu einer Auflage von 250.000 Exemplaren verholfen haben.

So gering aber der Einfluß der Pariser Presse ist, so stark ist der der Provinzpresse. In der Provinz ist eine Kandidatenliste, die sich nicht auf mindestens eines der Lokalblätter stützt, ganz undenkbar, und ein gelebtes und beliebtes Blatt kann selbst unbeliebten Kandidaten zum Siege verhelfen. So wird denn in der Provinzpresse der Wahlkampf zu allen Zeiten äußerst heftig geführt. Aber diesmal ist der Kampf leidenschaftlicher und rücksichtsloser als seit vielen, vielen Jahren und erinnert an die Zeiten des Kampfes um Dreifus, weil ganz wie damals auch heute alle Welt weiß, daß es sich bei dem Wahlgang am 11. Mai nicht bloß um Personen und Parteien handelt, sondern um das ganze jetzt herrschende Regime.

Alle Welt weiß: wenn das jetzige Regime bleibt, so bedeutet das die Verankerung der Herrschaft der Großfinanz und Großindustrie und damit ein nationalistisches, reaktionäres, militaristisches und imperialistisches Frankreich, das nicht in stande ist, den europäischen Frieden zu machen, und nur ein Sieg des Kartells der Linken kann Frankreich wieder in die Traditionen der großen Revolution zurückführen und damit den europäischen Frieden möglich machen.

Es ist ganz merkwürdig, wie klar diese Erkenntnis in der gesamten Provinzpresse, bis in die allerfeinsten Lokalblätter, zum Ausdruck kommt. In der Linkspresse in positiver Weise, in der Rechtspresse in negativer Weise, indem man sich mit größtem Eifer gegen die Anklage verteidigt, daß das bisherige Regime nationalistisch, reaktionär, militaristisch oder imperialistisch gewesen wäre. Zeigt schon diese Tatsache, daß die allgemeine Stimmung in Frankreich alles andere denn nationalistisch, reaktionär, militaristisch und imperialistisch ist, so auch noch ein anderer Umstand. Die gesamte Rechtspresse in der Provinz, in den großen wie in den kleinen Städten, feiert die gleichen Wahlen ab, so daß hier ganz offensichtlich auf Grund der Informationen von einer Zentralstelle gearbeitet wird, die gleichzeitig an ihre Presse auch fertige Artikel versendet, allerdings nur so, daß die gleichen Artikel nur in räumlich ziemlich weit voneinander entfernten Lokalblättern erscheinen.

Die Zentralstelle, von der diese Informationen und Artikel kommen, ist die berühmte Vereinigung der wirtschaftlichen Interessen (Union des Interets économiques), deren Direktor der noch berühmteste Senator Villiet ist. Diese Zentralstelle arbeitet wohl mit viel Geld, aber nur mit wenig Geist und reitet in allen ihren Informationen und Artikeln bis zur äußersten Langeweile auf zwei Behauptungen herum: Erstens, daß der Bloch der Linken ganz ebenso wie die Kommunisten ein Feind des Eigentums ist, daß insolge dessen ein Sieg des Blochs die innere Ordnung und Sicherheit gefährden und dem Sozialismus den Weg bahnen würde; zweitens, daß der Bloch der Linken vor Deutschland und England einfach kapitulieren und damit nicht nur das erstere von den Reparationszahlungen entbinden, sondern auch jede Sicherung Frankreichs unmöglich machen werde.

Diese rein demagogischen Methoden mit ihrem maßlosen Sozialistenhaß und ihren ewigen Verdächtigungen des Vaterlandsverrats, die Poincare und seine Leute direkt den deutschen Reichsparteien nachäffen, haben aber in Frankreich lange nicht jene agitatorische Wirkung wie in Deutschland. Beamenschaft und Lehrerschaft wie der ganze bürgerliche Mittelstand und das Kleinbürgertum konnten wohl 1919 im ersten

Siegestrausch zu einem Teil für den Nationalismus eingefangen werden und dem Bloch national zur Majorität verhelfen, aber diese Schichten auf die Dauer dem Nationalismus und der Reaktion vorzuziehen ist doch nicht möglich. Hierzu sind diese Schichten nicht bloß allzusehr durchlebt von den Traditionen der großen Revolution, sondern auch allzusehr politisch geschult und von selbstständiger Kritik. Man mag sprechen mit wem man will, in der Verurteilung der bisherigen Kammer sind alle einig. Und wenn man nur hiernach auf das Ergebnis der jetzigen Wahlen schließen wollte, müßte man eine vernichtende Niederlage der bisherigen Majorität, also des Bloch national erwarten.

Verstärkt wird dieser Eindruck noch durch die Haltung der Linkspresse in der Provinz. Es ist wirklich bewundernswert, wie viel Erfindungs-gabe, Geist und Verstand diese Bloch national angreift und die Fehler Poincares und seiner Politik aufweist. Da ist nichts von Schablone zu verspüren oder von Informationen, die von einer Zentralstelle kommen. Man fühlt vielmehr aus allen diesen vielen Blättern — und ich hatte in den letzten zwei Wochen Gelegenheit, die Provinzpresse in einem Viertel von Frankreich an Ort und Stelle zu beobachten — eine große allgemeine Strömung, die von Reaktion und Nationalismus zu Demokratie und Pazifismus hinüberstrebt.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Tages-Neuigkeiten. Massenmord.

Wie wir bereits berichtet haben, wurden in den Vereinigten Staaten sechs Italiener hingerichtet, trotzdem nur einem von ihnen die zur Last gelegte Tat nachgewiesen werden konnte. Ueber diesen unerhörten Justizmord wird uns ergänzend gemeldet:

„Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit der aufseuerregenden und in der amerikanischen Öffentlichkeit vielfach angefeindeten Hinrichtung von sechs Italienern wegen Raubmordes. Diese Italiener hatten vor drei Jahren in der Stadt L. i. t. e in Louisiana einen Einbruch in einer Bank verübt, und waren dabei von einem Gastwirt namens Calmes überrascht worden. Calmes wurde bei dieser Gelegenheit erschossen. Die Polizei verfolgte mit Bluthunden die Fährte der Eindringler und es gelang ihr, alle sechs in der Umgebung der Stadt festzunehmen. Die Untersuchung stellte fest, daß Calmes nur eine einzige tödliche Kugel in die Stirn erhalten hatte. Drei Jahre lang bemühte sich der Untersuchungsrichter, von den sechs Italienern herauszubekommen, welcher von ihnen den tödlichen Schuß abgefeuert hatte. Die sechs Italiener waren jedoch zu keinem Berritt an einander zu bewegen.

Am letzten Karfreitag verlangte einer der Italiener, Leona, einen Verzicht, dem er anvertraute, daß er den Gastwirt Calmes niedergeschossen habe. Der Geistliche meinte, Leona könne nur dann auf Verzeihung rechnen, wenn er sein Verbrechen auch öffentlich einbekenne. Dies tat der Italiener. Trotz dieses Geständnisses bestätigte der Gouverneur des Staates Louisiana das Todesurteil gegen alle sechs verhafteten Italiener.

Die Hinrichtung der sechs Männer spielte sich unter sensationellen Begleitumständen ab. Der Gerichtshof, worin der Galgen aufgerichtet war, mußte von Miliz abgesperrt werden, um die ungeheuren Menschenmassen vor einem Sturm auf das Gebäude abzuhalten. Einer der Beurteilten stieß sich auf dem Wege zum Galgen ein Messer ins Herz und entging auf diese Art der Hinrichtung. Zwei andere Beurteilte mußten auf den Galgen getragen werden. Der Scharschütze war von solchem Entsetzen gepackt, daß er wiederholt um Beistand ersuchen mußte.

Die Hinrichtung erregt in den Vereinigten Staaten ungeheures Aufsehen und Empörung. Dieses Aufsehen und diese Empörung kommt sehr nachträglich, denn es ist schon sehr geraumer Zeit bekannt gewesen, daß dieses Todesurteil, das sich den Akten von Lynchjustiz, von denen man aus den Südstaaten der Union immer wieder hört, würdig zur Seite stellt, vollzogen werden soll. Es wäre doch höchst verwunderlich, wenn die öffentliche Meinung der Nordstaaten, die sich ja immer einbildet, an der Spitze der Zivilisation und der Demokratie zu stehen, keine Mittel hätte, das kulturelle und geistig zurückgebliebene Aropfzeug der halbbarbarischen Randgebiete der Union, in denen der Geist der Auflage-Klaus tonangebend ist, in solchen Dingen zur Raifon zu bringen. Es scheint aber, daß auch im gebildeten Amerika die Heuchelei stärker ist als das Kulturgetwisse und daß dort der Dünkel, es so berlich weit gebracht zu haben, übersehen läßt, wie weit die amerikanische Justiz selbst noch hinter der des ehemaligen russischen Zaren zurücksteht. Wir sind in Europa, wie sich erst neuerdings in München erwiesen hat, in Justizdingen noch lange nicht entbarbarisiert, aber solche Greuel, wie im angeblich freien, aber leider ganz auf die kapitalistische Profitmoral eingestellten Amerika sind bei uns denn doch nicht mehr möglich.

Dienstboten.

Sie sind nur immer da, um zu dienen, Niemand fragt sie nach ihrem Begehren. Solange sie gehorchen, ist man zu ihnen freundlich, so wie zu Freunden — nicht mehr.

Sie wohnen beim Herrn im selben Quartiere, Aber für sie muß der schlechteste Raum Gut genug sein. Für seine Tiere Sorgt man viel zärtlicher, als für ihre Menschlichen Wünsche. Ach, die kennt man ja kaum!

Sie sind die Hände, die nie bedankt sind. Man wechselt sie aus wie den brüchigen Stahl Einer Achse. Wenn sie erkrankt sind, Mühen sie aus dem Haus, ins Spital.

Manchmal könnte ein Wort der Güte, Ein Tag im Frühling, um auszuruhn, In ihrem verdorrten Gemüt Eine verschämte schüchtern Blüte Leise erwecken und Wunder tun.

So aber sind sie gewohnt, die letzten Bei allem, was nützt und freut, zu sein. Sie werden wie alle Zurückgesetzten, Heimliche Feinde, statt Freunde zu sein.

Manche freilich, die haben ohne daß dem eigenen Leben entsagt. Waren Mütter an fremdem Sohne. Tragen eine heimliche Krone, Wie Marie, die Magd. Anton W i t k o g a n s.

Die Frage der Verkürzung der Militärdienstzeit. Das „Pravo Lidu“ erklärt, daß die tschechische sozialdemokratische Partei von einer günstigen Lösung dieser Frage nicht ablassen und sich in der Zukunft noch mehr wie bisher mit ihr beschäftigen müsse, da sie überzeugt sei, es könne diese Erleichterung dem Staate nur zum Nutzen gereichen. Es sei klar, daß der heutige Militärdienst die wirtschaftlich Schwächeren allzusehr belastet und man daher die Wehrpflicht allseitig und ökonomischer als bisher einer Lösung zuführen müsse. In der Tschechoslowakei sei eine militärische Aktion nur aus idealen Gründen möglich; daher werde niemals ein entscheidender Faktor der Verteidigung die Routine der Ausbildung, die Schärfe der Waffen, sondern die Seelenkraft sein. Es ist offenkundig, daß eine ganze Reihe Aktionen und Maßnahmen der Verkürzung der Militärdienstzeit vorausgehen müßte. So müsse man alle Ursachen, die den Soldaten überflüssiger Weise von den Militärdiensten entfernen, wie: sonstige Dienstverpflichtungen, zivile Arbeiten, militärische Übungen von historischer Bedeutung, Dienstleistungen, die für den Krieg ohne Bedeutung sind, während der Militärdienst beseitigen. Durch die Milderung der Lasten, die das arbeitende Volk drücken und durch die Lösung dieser Frage werde man die Armee dem Volkserne der Tschechoslowakischen Republik nähern und so eine Wehrmacht schaffen, die allein fähig sei, die Freiheit aller demokratischen Bürger dieses Landes zu schützen. Daher strebe die tschechische sozialdemokratische Partei die Verkürzung der Militärdienstzeit bis zur äußersten zulässigen Grenze an.

Alkoholverbot an den Assentierungstagen. Das Alkoholverbot an den Assentierungstagen im Bezirke Teplich hatte eine außerordentlich günstige Wirkung zeitig: Alle jene beschämenden Szenen betrunkenen junger Menschen blieben aus. Die jungen Männer behielten ihre Menschenwürde und die Polizei brauchte nicht einzuschreiten. Nun hat auch die politische Bezirksverwaltung in Teplich während der Zeit der Hauptstellung ein Alkoholverbot erlassen, das für alle Orte im Bezirke gilt. Zu bedauern ist nur, daß erst Verbote erlassen werden müssen, um das Volksgift Alkohol einzuschränken. Jeder denkende Mensch meidet den Alkohol, weil er erkannt hat, daß er ein Hemmnis der kulturellen Entwicklung darstellt.

Ein Prager Universitätsprofessor in der Gefangenschaft des japanischen Gesandten. Ein Professor der deutschen Universität in Prag S. wohnt im Hause der Prager japanischen Gesandtschaft, die bemüht ist, den Mann aus dem Hause herauszuziehen. Sie scheut hierbei keine Mittel und so schließt sie das Haustor um 6 Uhr abends, um es erst am nächsten Tage wieder zu öffnen. Am Samstag aber bleibt das Haustor von 6 Uhr abends bis Montag früh geschlossen, so daß Professor S. während dieser Zeit ein Gefangener des japanischen Gesandten ist. Die japanische Gesandtschaft hat am Haustor ein Verriegelungssystem anbringen lassen, so daß Professor S. in seiner Wohnung vom Samstag ab bis Montag früh festgehalten war. Wir sind begierig, was die Behörden gegen diese Freiheitsberaubung, die der japanische Gesandte durch große Ausnutzung seiner exterritorialen Rechte begeht, tun werden.

Zur Egbeiler Affäre: eine neue Verhaftung. Wegen Teilnahme an der Egbeiler Bestechungsaffäre wurde auch der Prokurist Vinzenz S o l d a n verhaftet. In der letzten Zeit war Soldan Direktor eines Establishments in Vitau, vorher Prokurist der Firma Kanum in Gding. Diese Firma lieferte den Egbeiler Werken und Soldan sollte im Jahre 1922 dem Direktor der Egbeiler Werke, Ing. Bouzel, 20.000 Kronen als Bestechung übergeben. Er gab ihm aber nur die eine Hälfte, die andere behielt er für sich. Aber auch mit dieser bedeutenden Provision war Soldan nicht zufrieden; er verlangte von Jägerkur Bouzel weitere 3000 Kronen, wobei er ihm

drohte, daß er die Anzeige wegen Annahme von Bestechungen erstatten werde. Als sich die Erpressungsversuche Soldans wiederholten, sandte Bouzel einen Drohbrief Soldans an die Firma Kanum, mit dem Ersuchen, gegen Soldan einzuschreiten; dabei kam heraus, daß sich Soldan die Hälfte der Bestechung behalten hatte. Die beteiligten Kreise haben dann diese Defraudation ohne Hilfe der Behörden erledigt und Soldan Geständnisse Bouzels, von ihm Bestechungen an Geständnisse Bouzels, von ihm Bestechungen angenommen zu haben, verhaftet wurde, von der Prager Staatsanwaltschaft nicht nur wegen Mißhandlung am Verbrechen des Mißbrauches der Amtsgewalt, sondern auch wegen Veruntreuung und Erpressung verfolgt werden.

Autounfälle in Prag. Gestern vormittag geriet in der Heinrichgasse in Prag II. ein kleines Auto zwischen zwei Motorwagen der Straßenbahn und wurde erheblich demoliert. — Am Nachmittag fuhr in der gleichen Straße ein Motorwagen der 14er Linie in den Beiwagen eines Lastautos hinein, wobei der Beiwagen umgestürzt und der Wagenlenker aufs Pflaster geschleudert wurde. Der Wagenlenker erlitt Verletzungen am Kopfe und mußte ins Krankenhaus transportiert werden. Der Motorwagen der Straßenbahn und der Autobewagen wurden stark beschädigt.

Mahnnschreiben sind nicht als Drucksachen zu frankieren. Wie offiziös gemeldet wird, hat das Ministerium für Post und Telegraphen gegenüber der Intervention der Prager Handels- und Gewerbetammer den Standpunkt festgehalten, daß alle Mahnschreiben, Ergänzungen etc. in Drucksachen nur unter der Voraussetzung gestattet sind, daß durch sie dem Empfänger keine persönliche, d. h. keine individuelle Mitteilung gemacht wird. Wenn also in gedruckten Mahnschreiben auch nur der Schuldbetrag mit Hand- oder Maschinenschrift eingetragen ist, so genügt das Porto für Drucksachen nicht und die Zustiftung ist je nach ihrer Eigenschaft als Brief oder Postkarte zu frankieren, widrigenfalls die Post Straporto erhebt.

Im Steinbruch tödlich verunglückt. In Meltschin bei Klattau brach in den letzten Tagen der Sämler Masel Steine für seinen Hausbedarf. Bei dieser Arbeit unterstützte ihn sein 27jähriger Sohn Josef. Da sie sich die Arbeit erleichtern wollten, unterwühlten sie den Felsen; dies wurde ihnen zum Verhängnis. Vorübergehende Dorfleute machten sie auf den sinkenden Felsblock aufmerksam, aber sie achteten auf die Warnung nicht. Schließlich ging der Sämler doch auf einen Augenblick bei Seite, um die Situation zu überblicken. In demselben Augenblicke stürzten riesenhafte Steintrümmer herab, die den Josef Masel zermalmeten. Mehrere Ortsinsassen mußten an der Bergung der Leiche arbeiten.

Eine lebensgefährliche falsche Medizin. Vor ungefähr einem Monate lernte Karoline Camm r aus Prag-Byšhrad im Botanischen Garten ein Mädchen kennen, das sich ihr als Kandidatin der Medizin, Jarmila K u l a k o v s k y, vorstellte und angab, auf der Klinik Prof. Kukulas tätig zu sein. Sie sagte der Camm r, daß sie vor einem Rigorandum stehe, aber nicht die hierzu nötigen Geldmittel habe. Von Mitleid ergriffen, bot ihr die Camm r für die Zeit eines Monats kostenlosen Mittagstisch an. Nun erkrankte am 1. Mai der Sohn der Camm r. Die „Studentin der Medizin“ untersuchte ihn, erklärte seinen Zustand für ernst und diagnostizierte Blutzufegung, die eine Bluttransfusion unbedingt notwendig mache. Sie schrieb auch einige Arzneien vor, nach deren Gebrauch sich jedoch das Fieber des Kindes bedenklich steigerte und Herzkrämpfe eintraten. Die Mutter wußte verwaschen auch eine ganze Woche lang täglich, daß die Professoren Fibram und Haslovec den Patienten aufsuchen würden. Als dies jedoch nicht erfolgte, stellte sich endlich heraus, daß die Kulakovskya eine Betrügerin sei und nie Medizin studiert habe. Nach ihrer Verhaftung gestand sie, es nur auf das Mittagessen bei Frau Camm r abgesehen gehabt zu haben. Da der Zustand des kranken Kindes durch die Handlungsweise der Kulakovskya ernstlich verschlimmert worden war, wurde die Betrügerin dem Strafgericht überstellt.

Ausstellung für Aquarien-, Vogel- und Insektentunde, Eger 1924. Insofern die Vorbereitungen für die in der Zeit vom 16. bis 25. Mai stattfindende Ausstellung einen Ueberblick gestatten, verspricht die Ausstellung ein großzügiges Werk zu werden. Aus allen Teilen des Staates liegen Anmeldungen vor und es wird möglich sein, ein ziemlich geschlossenes Bild der gesamten Aquarien-, Vogel- und Insektentunde zu bieten. Die Hauptaufmerksamkeit der Bevölkerung wird sich sicher auf die in großer Zahl ausgestellten Aquarien richten, die mit ihren Bewohnern auf Jung und Alt gleich anziehend wirken. Nicht weniger als rund 100 Aquarien werden uns heimische und exotische Fische mit manchmal grotesk anmutenden Körperformen zeigen. Aber nicht nur die Bewohner des Süßwassers werden zu sehen sein, sondern auch Meerestiere werden in großer Zahl ausgestellt. Die Entomologen werden mit über 100 Kästen bunter Schmetterlinge und Käfer für die Veranstaltung den älteren Rahmen liefern. Insektentunde veranschaulichen die Entwicklungsperioden der Käfer und Schmetterlinge und manch gefährlicher Feind unserer Wälder, wie Nonne, Vorkenkäfer usw. kann bei seinem Berücksichtigungswert beobachtet werden. Wenn nun noch berücksichtigt wird, daß die Vogelwelt durch heimische und exotische Sänger und farbenprächtige Vertreter dargestellt wird, dann ergibt sich ein Gesamtbild des Naturlebens auf den darzustellenden Gebieten, das noch ergänzt wird durch entsprechende Bilder aus heimischer und fremder Flora. Den Schulen und Lehranstalten ist zu empfehlen, einen geschlossenen Besuch der Ausstellung zu unternehmen, da hierbei für die mittellosen Kinder Freitickets in entsprechender Zahl ausgeben werden.

Das Ausbad der Reaktion in Halle. Zu den Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei in Halle melden die Blätter noch, daß sich außer in Böllberg auch in der Nähe des Gertrauden-Friedhofes, wohin ein Zug Kommunisten gelangen wollte, um der Märzgefallenen zu gedenken, ein Zusammenstoß mit Schutzpolizei ereignet hat. Sechs oder sieben Kommunisten wurden dabei durch Bajonettschläge verwundet. Auch gegen Teilnehmer des Festzuges mußte die Polizei einschreiten. So wurden etwa 50 Mitgliedern des Bundes „Oberland“ aus Bayern seitengewehrt und Dolchmesser von Seiten der Polizei abgenommen.

Opfer der Wiener Börsenspekulation. Seit Tagen mehren sich die Selbstmorde in Wien immer mehr. Heute liegen vier neue Fälle vor. Der 31jährige Sekretär der Bodenkreditanstalt F. Kohn ist heute in seinem Bureau mit durchschossener Schläfe tot aufgefunden worden. Der 45jährige Prokurist einer Privatfirma Karl Alfred Maden hat sich durch Leuchtgas vergiftet. Die 32jährige Private Emilie Steiner, die sich vom Fenster ihrer Wohnung herabstürzte, ist kurz hernach gestorben. Schließlich hat sich der 42jährige Straßenbahnschaffner Josef Wolf in seiner Wohnung an einem Wandhaken erhängt. Die ersten drei Personen sind Opfer unglücklicher Börsenspekulationen.

Das „Neue Wiener Journal“, wohl das verächtlichste Erzeugnis, das jemals eine Druckerpresse verließ, kann sich in Beschimpfungen der Sozialdemokraten gar nicht genug tun. In seiner letzten Sonntagsausgabe veröffentlicht es nun einen Aufsatz, der unsere österreichischen Genossen wieder einmal „entlarven“ soll: ein Herr Karl Adler erzählt in schlechtem Deutsch, aber mit gut katholischer Gesinnung, wie es sich für ein Seipeljudenbild geziemte, wo „Sozialdemokratischen Denklern“. Eine Auseinandersetzung mit diesem Geschreibsel hieße es überschätzen; aber einige Sätze seien zur Charakterisierung dieses „Aufsatzes“ angeführt: „Die kuriose Kunststelle“, „Die angebliche Arbeiterzeitung“, „Das aufwauerische Sautanzfest, das im Kreise der Familie Kemner zu einer Zeit gefeiert wurde, in der sich die Wiener Sänglinge Kohlenmangels halber Hände und Füße abfrieren lassen mußten“ usw. usw. Das bekannte Goethewort: „Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, der hat auch Religion“ schiebt der Herr Adler Grillparzer in die Schuhe, jenem Grillparzer, von dem die Verse stammen: „Der Denker hole die Journale, sie sind das Brandmal dieser neuern Welt...“

Die deutsche Ausreisesteuer. Die „Pöschische Zeitung“ meldet, der Bürgermeister von Marienbad, Dr. Turba, hat als Abgesandter des deutschen Bäderverbandes in der Tschechoslowakei bei den Wohlfahrtsministerien in Berlin und Dresden vorgeschrieben, um eine Mildtätigkeit der deutschen Ausreisesteuer von 500 Goldmark zu erreichen. Der Bürgermeister habe erreicht, daß eine Milderung insofern vorgenommen wurde, als man jedem ausreisenden Kurgast die Mitnahme einer Begleitperson taxfrei bewilligte. Der Bürgermeister habe den Eindruck gewonnen, daß man selbst bei den offiziellen deutschen Stellen an eine längere Lebensdauer der Ausreiseverordnung nicht glaubt.

Die Sorgen der deutschen Militärverwaltung. Ein Leser der „Frankfurter Zeitung“ überfandte diesem Blatte ein vom 23. April des Jahres 1924 datiertes Schreiben des Gruppenkommandos K a s s e l, mit dem ihm eingeschrieben ein E i s e r n e s K r e u z II. Klasse, ein Besitzzeugnis, datiert vom 12. März 1924 und ein Auszug aus der Kriegsmatrosenliste überhandt wird. Der Empfänger, der sich niemals darum bemüht hat, ein Eisernes Kreuz zu erhalten, der von 1915 bis zum Mai 1918 in russischer Kriegsgefangenschaft war, wundert sich darüber, daß heute, fünfzehnhalb Jahre nach Beendigung des Krieges, noch immer militärische Instanzen mit der Abwicklung von Ordensverleihungen beschäftigt sind. In der Tat muß es einigermassen befremden, daß sich in einer Zeit, in der an den wichtigsten Stellen rückfahrlös abgebaut wird und kulturelle Dinge notwendig vernachlässigt werden müssen, immer noch unentwegt einige Stellen mit diesen historischen Dingen beschäftigen. Es scheint, daß hier ein Apparat rollt, der mit dem allgemeinen Krieg nach Sparfameit nicht ganz in Einklang steht, und das genannte Blatt richtet deshalb an das Reichswehrministerium die Anfrage, wie lange noch Menschen beschäftigt und Materialien in Anspruch genommen werden sollen, um die Verteilung von Auszeichnungen zu regeln für einen Krieg, der immerhin seit über fünf Jahren beendet ist.

Rumänisches Pensionistenelend. Daß es den Pensionisten in allen Ländern gleich schlecht geht, beweist nachstehende Meldung aus Czernowitz: Nachdem der Finanzminister zunächst einmal den Kredit für die Erhöhung der Pensionen gestrichen hatte, ließ er in das Mietgesetz eine Verfügung einschalten, wonach die Pensionisten von der Erhöhung der Mietzinsen mitbefreien werden. Die Folge davon war, daß die Pensionen mancher Pensionisten nicht einmal für die Bezahlung der Miete reichten. Und selbst „bessergestellte“ Pensionisten, d. h. solche, die nicht 20 bis 60 Lei, sondern 200 bis 300 Lei erhalten, müssen den größten Teil ihrer Bezüge den Hausherrn zahlen. So ist uns der Fall einer Finanzratswitwe bekannt, welche monatlich 308 Lei Pension bezieht und deren Wohnungsmiete samt Steuern gleich 176 Lei ausmacht. Diese Pensionistin soll also mit sage und schreibe 132 Lei monatlich ihr Auskommen finden. Vergleichbar ist wahrhaftig nur im Lande der absoluten Rückfahrlösigkeit gegen alles, was wirtschaftlich schwach ist, möglich. Da hat man es leicht,

festes für die Pensionisten zu veranstalten. Denn die Pensionisten hungern, indes die rumänischen Liberalen unbekümmert zu ihrem Wohle tanzen.

Räuberischer Ueberfall auf ein Kaffeehaus in Barcelona. Acht unbekannte Räuber überfielen ein Kaffeehaus in Barcelona, bemächtigten sich der Kasse und töteten zwei Widerstand leistende Kellner.

Erdbeben in den Zentralalpen. Nach einer Meldung des „Lokal-Anzeiger“ aus München wurde dort Montag ein leichtes Erdbeben beobachtet, dessen Herd in den Zentralalpen liegen soll. In München selbst wurde es nur in den oberen Stockwerken der Häuser schwach verspürt.

Regen-„Wanderungen“ in den Vereinigten Staaten. Der Weltkrieg, der bekanntlich die europäische Auswanderung nach den Vereinigten Staaten ins Stocken brachte, hat eine Abwanderung von Regern aus dem Süden nach den nördlichen Industriegebieten der Vereinigten Staaten von Amerika zur Folge gehabt. Schon während der Kriegsjahre zogen, wie der Bericht des Bundes Arbeitsdepartements in Washington mittelt, etwa 400.000 Regern vom Süden nach dem Norden, von denen zwar Tausende bei Beginn des Winters wieder nach dem wärmeren Süden zurückkehrten, der größte Teil aber in seinen neuen Heimstätten blieb. Infolgedessen ist eine starke Zunahme der Regern in den Großstädten New York, Chicago, Pittsburg, Hartford (Conn.), Detroit und Cleveland wahrzunehmen. In der Zeit vom 1. September 1922 bis 31. August 1923 sind 478.700 Regern aus den Südstaaten nach den Industriezentren des Nordens gewandert. Nach dem im Bericht enthaltenen Angaben verteilte sich diese Bevölkerungsbewegung auf die einzelnen Staaten, deren Gesamtbevölkerung in Klammern beigefügt ist, wie folgt: Aus Alabama (900.652) wanderten 90.000 Regern aus; aus Arkansas (472.220) 5000; aus Florida (329.487) 90.000; aus Georgia (1.206.365) 120.000; aus Kentucky (235.398) 2500; aus Louisiana (700.257) 15.000; aus Mississippi (395.184) 82.600; aus Nord-Carolina (762.407) 25.000; aus Oklahoma (149.408) 1000; aus Tennessee (451.758) 10.000; aus Texas (741.694) 2000; aus Virginia (690.017) 10.000. Der Regern hat durch seine Abwanderung nach dem Norden ein neues Problem aufgerollt, an dessen Lösung sich die Führer beider Rassen werden beteiligen müssen. In den Industriezentren haben sich ansiedelnde Regern sind Leute, die mit dem ländlichen Leben im Süden durch Generationen innig verknüpft waren. Bis vor wenigen Jahren lebten 70 bis 80 Prozent der Regern des Südens auf dem Lande, ohne das Stadtleben gewöhnt zu sein. Durch die Abwanderung nach dem Norden werden aber viele Landarbeiterstellen im Süden frei, wodurch sich die starke Nachfrage nach Farm- und Pflanzungsarbeitern aus dem Süden der Vereinigten Staaten erklärt.

Die Schreckensstat einer Mutter. Auf der Wieden in Wien hat Montag nachts eine Frau, die den Schmerz über den Tod ihres Gatten nicht überwinden konnte, Selbstmord begangen und ihre beiden Kinder mit in den Tod genommen. In der Rainergasse wohnte der Kaufmann Weber mit seiner 37jährigen Frau Anna und seinen beiden Kindern, einem vierzehnjährigen Mädchen und einem elfjährigen Knaben. Die Ehegatten lebten in ungetrübter Harmonie. Im vorigen Jahre ist Weber gestorben; er hat seine Familie wohl in guten Verhältnissen zurückgelassen, doch war die Frau über den Verlust so niedergeschlagen, daß alle Trostesworte nichts fruchteten. Frau Weber hat seither oftmals die Absicht geäußert, ihrem Manne in den Tod zu folgen. Montag früh wollte die Mutter der Frau Weber die Tochter besuchen. Als sie an der Tür pochte und läutete, wurde ihr nicht geöffnet. Ein Schlosser öffnete gewaltsam die Tür. Die Eintretenden verspürten festigen Gasgeruch. Im Zimmer fand man Frau Weber und ihre Tochter Anna regungslos auf dem Boden liegen, neben dem aufgebetteten Divan. Der Sohn Walter lag gleichfalls ohne Lebenszeichen im Gitterbett. Nach wurde ein Arzt herbeigerufen, doch er fand die Frau und ihre beiden Kinder tot.

Die Rahe eines Kalmücken. Im Belgrader Armen- und Zigeunerquartier Tschubura steht neben einer armenigen Hütte ein Tempel Buddhas, errichtet von russischen Kalmückenflüchtlingen, die ihre heimatischen Götter mitgebracht haben. Neben dem Tempel wohnt der Tempelhüter Sabsche Amrahow mit seiner Familie. Seine Schwester lebte in wilder Ehe mit dem Buddhisten Bedia Tschukarnow, einem gefährlichen Strahler. Da er sie mißhandelte, war sie vor einem Monat zu ihrem Bruder zurückgekehrt. Der verlassene Tschukarnow verlangte die Rückkehr des Weibes und drohte mit Rahe. Am Mittwoch drang er in die Wohnung des Tempelhüters, der mit Frau und Schwester ein Gebet verrichtete, und schloß ihm, ohne ein Wort zu reden, den Bauch auf, wusch sich das Blut vom Messer und entfernte sich schweigend. Die Frauen waren wie gelähmt vor Furcht und Entsetzen. Als die Polizei den Mörder festnahm, was er in aller Ruhe gesehen ließ, erklärte er, daß er ohne die Schwester des Ermordeten nicht leben könne; er habe ihn getötet, weil er gehört habe, daß er, nach Kalmückensitte, seine Schwester — um 2000 Dinar — an den reichen Kalmückenflüchtling Matschukow verkaufen sollte.

Wetterüberblick vom 13. Mai. Das Regenwetter hat in den mittleren Teilen der Republik aufgehört. Die Temperatur ist in allen Teilen der Republik bei vorwiegend heiterem Wetter gestiegen, in den Niederungen erreichte sie 20 Grad Celsius. Das Binnenland wird von hohem Druck beherrscht. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd wolkig und warm, ruhig.

Verfuchsexplosion zum Studium der Schallausbreitung, am 15., 23. und 25. Mai. Joes internationalen Studiums der Schallausbreitung in der Atmosphäre und der Ausbreitung künstlicher Erdschütterungen werden in den nächsten Wochen am Camp de la Courline in Mittelfrankreich (45 Grad 45 Min. nördlicher Breite, 2 Grad 17 Min. östlicher Länge Greenwich) drei Verfuchsexplosionen ausgeführt: am Donnerstag den 15. Mai, 20 Uhr 30 Min., Freitag den 23. Mai, 21 Uhr 00 Min., Sonntag, den 25. Mai, 10 Uhr 00 Min. mitternachtsnäher Zeit werden am angegebenen Orte je zehn Tonnen Explosionsstoff entzündet. Es ist nach den bisherigen Erfahrungen zwar nicht wahrscheinlich, daß die Detonation, bei der großen Entfernung des Schallherdes (920 Kilometer südwestlich Prag) in der Republik noch gehört werden kann, doch für die westlichen Gebiete auch nicht völlig ausgeschlossen, namentlich an den beiden Tagen (des Abends) und für den Fall einer günstigen Windrichtung. Dabei erfolgt die Ankunft der Detonation möglicherweise vielfach in Intervallen von mehreren Minuten. Sie dürfte in Eger frühestens 18 Min., in Prag 45, Brünn 53, Preßburg 54, Kaschau 70 Min. nach der Explosion erfolgen. Freilich die Meldungen über die Eintreffzeit (womöglich auf Sekunden genau unter Angabe des wahrscheinlichen Uhrschlagers), die Herkunftsrichtung, die Klangstärke und den Klangcharakter der Schallwellen, sowie über die gleichzeitigen Wetterverhältnisse (Wind und Wolkenlage) nimmt die Staatsanstalt für Meteorologie (Prag II, 11 Karlova) für das „Institut de Physique du Globe“ in Paris entgegen. Negative Beobachtungsergebnisse sind gleich wertvoll.

ihre Tiefe über Wasser schwimmen, während acht Reumet unter Wasser bleiben. Durch die Zerstörung eines großen Teils seines Eises wurde der Berg also leichter und stieg über Wasser empor. Nachdem er etwa um acht bis zehn Meter aus den Fluten aufgetaucht war, brach er unter Donnergeräusch in zwei Teile, von denen jeder nur etwa ein Drittel so groß war wie der ganze Berg vor der Explosion. Das dritte Drittel bestand nur noch aus kleinen Stücken und Splintern. Nach Verlauf eines Tages waren die beiden verbliebenen Eisberge gleichfalls unschädlich gemacht.

In diesem Jahr hat sich das Eis verspätet. Aber die Küstenpatrouille des internationalen Sicherheitsdienstes liegt im Hafen von Boston zur Ausfahrt bereit.

Volkswirtschaft.

Der D. S. B. als Judenschuttruppe.

Im bürgerlichen Bogenschützenhause in Böhmisch-Leipa sagte am Sonntag vormittags eine vom Gewerkschaftsrat einberufene Protestversammlung, die Stellung gegen die Durchbrechung der Sonntagsruhe in Böhm.-Leipa nahm. Bedauerlicherweise war die Versammlung schwach besetzt, so daß die im Deutschen Handlungsgewerkschaften vereinigten Angestellten die günstige Situation benötigten, um Sturm zu laufen, nicht vielleicht gegen das provozierende Verhalten der Geschäftsleute Böhm.-Leipas, sondern um durch ihren Gehilfenobmann und Organisationsbeamten Walter aus Bodenbach erklären zu lassen, daß sie nicht gewillt sind, den Kampf zu führen. Lediglich im Wege des guten Einverständnisses, durch Einwirken auf die Chefs durch den Gehilfenobmann, kann die Einführung der Sonntagsruhe erreicht werden, sagte der Herr Jappe in seiner Eigenschaft als Gehilfenobmann. Also nicht Kampf, sondern bittendes Zuharren wird die Einführung der Sonntagsruhe beeinflussen. Und das sagt derselbe Gehilfenobmann, dem der Gremialvorsitzer Czirnich das Zeugnis ausstellte, daß er durch drei Jahre nichts gemacht hat, was er auf einen Zwischenruf selber zugestand. Die große Mehrheit der Kaufleute wünscht selbst die Sonntagsruhe und neigt sich, daß gegen jene Firmen energisch vorgegangen werden möge, die durch Doffnung ihrer Geschäfte die anderen Firmen gleichfalls zur Doffnung zwingen. Nur der Gehilfenobmann hat nicht das Verlangen, denn die Handelsangestellten Böhm.-Leipas haben ja die Sonntagsruhe nach seinem eigenen Anspruch. Warum dann der Gehilfenobmann im November eine Gehilfenversammlung als Protest gegen die Doffnung der Geschäfte einberief, warum er Eingabe auf Eingabe macht, Anzeigen erstattet, das bleibt sein Geheimnis. Herr Jappe hat sich moralisch selbst geohrfeigt und scheint es — nicht einmal zu merken. Der D. S. B. kann stolz sein auf eine derartige Führerpersonalsicht, die in gewerkschaftlichen Dingen derart dilettantenhaft handelt. Wer aber meinte, daß der D. S. B.-Beamte Walter anderer Meinung war als sein offizieller Gehilfenvertreter, täuscht sich gewaltig. Der Herr Walter, den die eigene Bodenbacher Mitgliebschaft nicht ernst nimmt, hat nicht vielleicht die unmaßstäbliche Haltung des Herrn Jappe abgelehnt, sondern in tölpelhafter Weise noch unterstrichen, daß der Kampf mit anderen Mitteln als Einschüchtern und Interventionen nicht geführt werden kann. Daß der gute Mann in seiner ihm eigenen großsprecherischen Art alle bisherigen Ergründungen der Angestellten als D. S. B.-Arbeit in Anspruch nahm, sei nur nebenbei bemerkt. Wahrscheinlich hat er vergessen, daß er vor einigen Jahren in Halle an der Stroßendemonstration der Handelsangestellten in seiner Eigenschaft als damaliger Gehilfenobmann teilgenommen hatte und die Forderung unseres Zentralverbandes der Angestellten um fünf Prozent unterbot. Kollege Floß-Bodenbach, der in sehr sachlicher Weise bei Vernehmung jeder Polemik zur Tagesordnung referierte und den Widerstand einzelner Kaufleute Böhm.-Leipas belächelte, schuf die Plattform zu der sachlichen Auseinandersetzung. Statt der Kaufmannschaft die geschlossene Front der Angestellten und Arbeiter gegenüberzustellen, zog es der D. S. B. so wie überall im entscheidenden Momente des Kampfes vor, zum Rückzug zu blasen und stellte seine Interessen vor die gemeinsamen Angestellteninteressen. Neuerlich wurde bewiesen, daß der D. S. B. dazu da ist, die Einheitsfront der Angestellten und Arbeiter zu zerbrechen und die jüdischen und christlichen Kaufleute Böhm.-Leipas haben allen Anlaß, dem D. S. B. für die Schützenhilfe dankbar zu sein. Das Schlagwort des gewerkschaftlichen Radikalismus und des Antisemitismus, wie Spreu im Winde zerfliehet es, wenn die internationalen Angestelltenführer vor die Entscheidung gestellt werden, gegen jüdische Ausbeutung zu kämpfen. Es gebührt ihm ganz außerordentlicher Dank der freien Angestelltengewerkschaft, daß sich der D. S. B. neuerlich selbst entlarvt hat. Früher oder später werden die Handelsangestellten erkennen, daß der D. S. B. eine Schuttruppe der Unternehmer aller Konfessionen ist und bleib. Die Arbeiterschaft und der Zentralverband der Angestellten werden sich eben durch den Anfall des D. S. B. nicht beirren lassen, sondern mit allen Mitteln nach wie vor den Kampf um die Wiedereinführung der Sonntagsruhe führen. In Trautenau haben die Kaufleute gegen den Willen der Angestellten die Mittagspause um eine Stunde verkürzt. Der D. S. B. forderte dort die Handelsangestellten auf, zu passiver Resistenz, dem gefährlichsten gewerkschaftlichen Kampfmittel zu greifen. Im Augenblicke der Entscheidung, wo auch die Trautenauer Arbeiterschaft über Bitter-

des Gehilfenobmannes die Unterstützung des Widerkampfes zusagte, fällt der deutschnationale Gehilfenobmann um und rät den Angestellten vom Versammlungsbesuch ab. In Böhm.-Leipa wieder schießt der D. S. B. den Kampf, in beiden Fällen aber bleibt er seinem Grundsatze treu, er will die Zersplitterung der Angestellten unter jeder Bedingung, zum Schaden der Angestellten, zum Vorteil der Unternehmer.

Den Angestellten wird all das eine Lehre sein!

Wohnungswesen und staatliche Wohnungsfürsorge.

Man schreibt uns: Das Bestreben der verschiedenen Wohnungsgenossenschaften, Gemeinden usw., durch die Erbauung von Klein- und Mietwohnhäusern dem besonders in den Industriegebieten bestehenden Wohnungsmangel erfolgreich zu bekämpfen, scheiterte bisher trotz Bestandes eines annehmbaren Bauförderungsgesetzes an dem Verhalten eines Großteilender Geldinstitute, welche für die Gewährung der Hypotheken in Frage kommen. Das heutzutage gültige Bauförderungsgesetz vom 7. März 1924 sieht nun die staatliche Unterstützung der Bautätigkeit nur in ganz geringem und unzureichendem Umfange und nur in Ausnahmefällen vor, so daß es dem Minderbemittelten nahezu unmöglich erscheint, an den Erwerb eines Eigenheimes zu denken bezw. sich eine Wohnung zu beschaffen. Der Bau von Mietwohnhäusern ist nachweislich im Verhältnis zu den geschaffenen Wohnungen kürzer als der Bau von Kleinwohnhäusern und kann infolgedessen zwecks wirksamer Bekämpfung des Wohnungsmangels nicht in Frage kommen, da es an jenen Faktoren mangelt, die das für den Bau unbedingt notwendige Parkapital zur Verfügung stellen. Dies müßte somit vom Wohnungswerber selbst aufgebracht werden, welcher Umstand allein schon die Verwirklichung derartiger Bauten scheitern läßt. Die einzige und wirksamste Hilfe kann daher nur in der genossenschaftlichen Selbsthilfe gesucht werden, indem die Wohnungsbedürftigen sich in einer Genossenschaft zusammenschließen und durch Bringung kleinerer Kapitalien und Leistung einer gewissen Anzahl von Arbeitsstunden bei Ausschaltung jeglichen Unternehmerverdienstes zu billigen Preisen die notwendigen Wohnungen selbst herstellen. Diese genossenschaftliche Selbsthilfe hat sich in den letzten Jahren in Oesterreich ganz besonders bewährt und wurden dortselbst bereits gegen 10.000 derartige Wohnungen hergestellt. Der Vorstand der Eisenbahner-, Angestellten- und Arbeiter-Wohnungsfürsorge hat sich eingehend mit dieser Angelegenheit befaßt und beabsichtigt, eine derartige Genossenschaft mit teilweise abgeänderten, unseren Verhältnissen angepaßten Grundrissen zu schaffen. Die gründende Hauptversammlung soll bereits im Monate Juni stattfinden und soll wenn möglich, noch im heurigen Jahre mit der Bautätigkeit begonnen werden. Diese Bauten genügen selbstverständlich keinerlei staatliche Unterstützung. Ihnen kommt lediglich eine 25jährige vollkommene Steuer- und Umlagenfreiheit zugute. In Gemeinden, in denen sich eine gewisse Anzahl von Interessenten finden, sollen eigene Gruppen errichtet werden, die mit der Genossenschaft in ständigem engen Kontakte stehen. Ernste Interessenten werden ersucht, ihre genauen Adressen unter Beifügung von Rückpost an den Obmann des vorbereitenden Ausschusses, Wendelin Richter in Proßlau Nr. 157 zu richten.

Zollfreiheit bei Frühkartoffeln. In der Sammlung der Gesetze und Verordnungen, ausgegeben am 29. April 1924, ist der Wortlaut der Regierungsverordnung vom 25. April 1924 abgedruckt, wonach der Zoll für die Einfuhr von Frühkartoffeln für die Zeit bis zum 30. Juni 1924 aufgehoben wird.

Ueber die Schädlichkeit der Nacharbeit in den Bädereien wurde bereits in der Vorkriegszeit viel geschrieben und ihre Zwecklosigkeit und Ueberflüssigkeit nachgewiesen. Dr. August Hoffmann, der Oberarzt der Gehilfenkrankenkasse bei der Bädereigenossenschaft in Prag, hat bereits im Jahre 1907 Beobachtungen an den Mitgliedern der genannten Krankenkasse gemacht und mittels Versuchen den Einfluß des Lichtmangels bei der Nacharbeit auf die Zusammensetzung des Blutes festgestellt und dadurch die Schädlichkeit der Nacharbeit auf den Organismus der Bädereiarbeiter nachgewiesen. Die Resultate seiner langjährigen Beobachtungen hat nun der Genannte in einer Broschüre zusammengefaßt, welche sich bestellt: „Die Wirkung des Lichtes und hauptsächlich des Mangels an Licht auf die Zusammensetzung des Blutes mit besonderer Berücksichtigung der Nacharbeit der Bädereihilfen.“

Landesstelle II Prag der Allgemeinen Pensionsanstalt. Am Samstag, den 10. Mai l. J., fand die konstituierende Sitzung der neuernannten Verwaltungskommission dieser Anstalt unter dem Vorsitze von Prof. Dr. Kautzberg statt. Für die Angestellten wurde Florian Bergmann (Allgemeiner Industrie-Angestelltenverband Reichenberg) und für die Unternehmer Dr. Korbha (Arbeitgeber-Hauptstelle Reichenberg) zu Obmannstellvertretern gewählt. Vor Eingang in die Tagesordnung gab Franz Kirchof (Zentralverband der Angestellten) folgende Erklärung ab: Die Vertreter der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen, die vom Herrn Minister für soziale Fürsorge als Verwaltungskommissionsmitglieder der Landesstelle II Prag der Allgemeinen Pensionsanstalt ernannt wurden, erklären hiermit, daß sie im Interesse der freigewerkschaftlich organisierten, sowie der gesamten Angestelltenschaft sich bereit finden, die ihnen übertragene Tätigkeit auszuüben. Neuerlich, sowie das schon mehrmals zum Ausdruck gekommen ist, erheben sie aber Verwahrung gegen

die Auflösung der Ausschüsse der Landesstellen der Allgemeinen Pensionsanstalt. Nach ihrer Überzeugung kann eine gerechte Vertretung der Angestelltenschaft nur durch Wahlen geschaffen werden. Sie erheben daher neuerlich die Forderung nach einer baldigen Ausschreibung dieser Wahlen auf Grund des Verhältniswahlsystems. Sie ersuchen die Verwaltungskommission der Landesstelle II in Prag, diese Verwahrung dem Ministerium für soziale Fürsorge zu übermitteln.

Zur Frage der Sonntagsruhe. In den letzten Tagen kommentierte die Tagespresse die Verordnung der politischen Landesverwaltung in Prag vom 28. April 1924, Landesgesetzbl. 18, betreffend die Regelung der Sonntagsruhe im Bereiche Großprags. Hierbei trat die Ansicht zutage, daß die Angelegenheiten der Sonntagsruhe in die Kompetenz des Innenministeriums fallen. Damit die Öffentlichkeit bezüglich der Resorptzuständigkeit nicht irreführt werde, wird mitgeteilt, daß die Angelegenheiten der Sonn- und Feiertagsruhe nach dem Gesetze vom 22. Dezember 1917, Nr. 3. Bl. Nr. 499 resp. nach einer Kundmachung des Gesamtministeriums vom 27. Dezember 1917, Nr. 3. Bl. Nr. 504 und nach der Verordnung der Regierung der Tschechoslowakischen Republik vom 21. März 1919 Nr. 150 Smlg. d. Ges. u. Vdg. in die Kompetenz des Ministeriums für soziale Fürsorge fallen, in dessen Tätigkeit sich auf das Gewerbebereich der Arbeiter und den Arbeiterschutz bezieht.

Passivresistenz des Wiener Krankenhauspersonals. Montag wurde der österreichischen Regierung auf Grund einer am Samstag geschlossenen Vereinbarung ein Verzeichnis der Beamten und Krankenschwestern vorgelegt, die Anspruch auf die vereinbarten Notstandsbeihilfen haben. Da der Minister für soziale Verwaltung von dem vorgezeichneten Betrage von 600 Millionen 200 Millionen schrich, beschloßen die Beamten und Krankenschwestern der Bundespräsidenter, in die passive Resistenz einzutreten. Auch die Organisation der Spitalsärzte hat beschloßen, wegen des Vorgehens des Ministeriums ebenfalls die passive Resistenz zu beginnen.

Lohnbewegung der Pariser Lebensmittelarbeiter. Die Arbeiter der Pariser Nahrungsmittelindustrie, Bäcker, Metzger, das Personal der Schlachthöfe und der Markthallen haben beschloßen, angesichts der Eröffnung der Olympischen Spiele eine Lohnerhöhung zu verlangen und die Durchführung der sozialen Gesetze in ihrer Gesamtheit zu fordern. Die Köche drohen mit einem Streik, falls ihnen nicht ein Arbeitsvertrag eingeräumt werden sollte.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag.**
Graben 25, Kl. Bazar.
1332

Kunst und Wissen.

Dritte Theatergemeinschaftsvorstellung: „Tannhäuser“. Montag, den 19. d. gelangt Wagner's Oper „Tannhäuser“ als dritte Theatergemeinschaftsvorstellung zur Aufführung. Sitzplätze von 6 bis 18 K. Kartenverkauf bei Optiker Gen. Deutsch, Graben 25, Urania-Kassa, Deutsches Haus und Nikolander-Realschule.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute „Der Freischütz“; Donnerstag Verdis „Othello“; Freitag nachmittags Gastspiel Lord-Weißner „Mäd“; abends „Der Humpelmann“; Samstag „Der Gyn“; Sonntag nachmittags Gastspiel Pepi Kramer-Glöckner „Ihr Korporal“; abends „Der fidele Bauer“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch „Andragola“; Donnerstag „Deutsches Kleinstädtchen“; Freitag, Samstag und Sonntag abends Gastspiel Valerie von Mariens-Art Gög „Tageszeiten der Liebe“; kommenden Montag Gastspiel Martens-Gög „Angeborg“.

Bereinsnachrichten.

Internationaler Ausschuss sozialistischer Studenten. Donnerstag, den 15. Mai findet um 18 Uhr auf dem Belvedereplatz eine öffentliche Kundgebung gegen den Merkantilismus statt. Es referiert Genosse Görlisch über das Thema: „Die kulturelle Reaktion und der Kampf gegen sie.“

Berausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Richter.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druck, Prag.
Für den Druck verantwortlich: D. Hollk.

Jodbad Darkau
Station der Kaschau-Oderberger Eisenbahn, Ostschles., C.-S.-R. 2621
Stärkstes Jodsol-Brombad, gründl. renoviert, einziges Bad, wo in reiner Jodsole gebadet wird, höchst erfolgreich bei Skrophulose, Syphilis in allen Stadien (auch varietale Formen) Tuberkulose der Knochen, Gelenke, Drüsen, Frauenleiden, alle Arten der Tuberkulose der Haut, chron. Hautleiden, Arteriosklerose usw., besonders günstig für Kinder. — Kinderpenstionat für Kinder ohne Begleitung. — Kur-Station für Kinder, ohne Begleitung. — Saison vom 1. Mai bis 30. September. — Prospekt und Auskünfte durch die Badverwaltung.

Kleine Chronik.
Eisberge.

Ihre Entstehung und Unschädlichmachung.

Wenn die Sonnenstrahlen zur Zeit des Sommeranfangs in die nördlichen Regionen leiten, vollzieht sich an den Küsten Grönlands ein merkwürdiges Natur Schauspiel. Grönland ist, wie man weiß, von einer etwa tausend Meter tiefen Eisdicht bedeckt, die sich ständig dem Meere zu bewegt. Unter dem Einfluß der ersten Sommerwärme beginnen nun die riesigen Eisgletscher dieses merkwürdigen Erdteils zu „tauben“, das heißt, es reißen sich von dem ins Meer gedrängten Eismassen einzelne Stücke los und beginnen mit der Stromung ins freie Meer zu treiben.

Die Meile geht vorerst an die Küste von Labrador, Nordamerika. Unterdessen ist es mit dem kurzen Sommer vorbei, und die Eisberge überwintern im zugefrorenen Ozean. Aber im nächsten Jahr, gewöhnlich schon im Monat März, setzen sie ihre Wanderung fort und erscheinen im Norden Neu-Grundlands. Sie treiben mit einer Geschwindigkeit von 10 bis 20 Seemeilen pro Tag teils in die Mündung des St. Lorenzstromes, teils in die Untiefen der „Grand Banks“, zum größten Teil aber sticht dieser Punkte entlang in den Golfstrom, der ihnen einen so warmen Empfang bereitet, daß sie alsbald in eitel Wärme dahinschmelzen.

In dieser Region jedoch kreuzen sie häufig die großen atlantischen Verkehrslinien, und es ist heuer acht Jahre her, daß — am 15. April 1912 — der britische Dampfer „Titanic“ auf seiner Jungfernfahrt von England nach den Vereinigten Staaten an einem solchen Eisvaganabunden elend zerstückelt. Zusammenstoß von Schiffen mit Eisbergen sind hier vorgekommen, solange überhaupt ein Schiffsverkehr diese Region passiert hat, aber erst der tragische Untergang der „Titanic“ hat die moderne Wissenschaft in Bewegung gesetzt, um mit allen erdenklichen Hilfsmitteln eine Wiederholung eines so furchtbaren Unglücks zu vermeiden.

Bei Tageslicht und besonders guter Sicht kann man einen Eisberg vom Mastkorb eines Schiffes auf etwa 15 Seemeilen Entfernung feststellen. Bei Nacht hingegen, selbst wenn sie sternklar ist, wird der Eisberg erst bei einer Annäherung auf etwa 400 Meter sichtbar. Und wenn nun gar das Wetter trübe und neblig ist, kann es geschehen, daß der Auszug erst hundert Meter vor dem Eisberg die furchtbare Gefahr bemerkt.

Die Ozeandampfer, die mit Eisberggefahr zu rechnen haben, sind heute fast durchwegs mit technischen Einrichtungen ausgerüstet, die ihnen das Herannahen eines Eisberges ankündigen sollen. Einige Zeit nach dem Untergang der „Titanic“ hat eine Londoner Konferenz, der an der atlantischen Schifffahrt besonders stark beteiligten Länder einen sorgfältig durchgeführten Patrouillendienst organisiert, dessen Kosten von diesen Ländern gemeinsam getragen werden. Die Ausführung liegt in den Händen der Vereinigten Staaten. Der Dienst wird von ein paar Muttern ausgeübt, die dauernd in der gefährdeten Zone kreuzen, und ihre Beobachtungen den dort verkehrenden Schiffen mitteilen, eventuell ihnen auch anrufen, einen südlichen Kurs einzuschlagen. Mit Hilfe der Radiotelegraphie ist es ja möglich, diesen Kontrolldienst sehr sorgfältig durchzuführen.

Nadessen ist auch mit allen diesen Vorsichtsmaßnahmen die Gefahr nicht völlig beseitigt, und so hat man im vergangenen Jahre mit dem Versuch begonnen, Eisberge systematisch zu zerstören. Der erste Versuch wurde im Mai 1923 unter Anwendung von T. N. I.-Minen gemacht. Es handelte sich darum, den Berg nach alten Regeln der Kriegskunst zum Sinkern zu bringen. Ein Welltreffer erreichte den Eisberg, den man für diesen Versuch gewählt hatte, etwa zehn Meter unter Wasser. Nach der ungeheuren Explosion kam ein wahrer Hagelschlag von Eisstücken aus der Luft hernieder. Zugleich begann der Berg langsam aus dem Wasser zu steigen. Man weiß, daß Eisberge nur etwa zu einem Reumet